

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Helmut Creutz **3** Banken in die Schranken? – Die Vermögen sind das Problem!
- Eva-Maria Hubert **9** Sozialtechnik Geld und Währungsmorphologie
- Thomas Seltmann **16** Vom Überfluss zur Knappheit – Die fossil-atomare Energiewirtschaft vor dem Scheitelpunkt
- Gotelind Alber **25** Energiewende nur mit Wachstumslogik?
- Dirk Löhr **29** Ordnungspolitischer Rahmen für eine Energiewende
- Norbert Rost **43** Transition Towns – Städte im Wandel
- Burghard Flieger **51** Erfolgsmodell Energiegenossenschaften – Wege zu einer sicheren dezentralen Energieversorgung
- 57** Bericht – Bücher – Veranstaltungen
- 79** 50. Mündener Gespräche zum 150. Geburtstag Silvio Gesells

dazu bereits die fünfte Qualifizierung mit dem Ziel, nach und nach der Energiewende durch bürgerschaftliches Engagement das notwendige Fundament zu geben.

Literatur

- Böde, Ulla/Gruber, Edelgard (Hrsg.): Klimaschutz als sozialer Prozess – Erfolgsfaktoren für die Umsetzung auf kommunaler Ebene. Heidelberg 2000.
- Elsen, Susanne: Die Ökonomie des Gemeinwesens – Sozialpolitik und soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und -verteilung. Weinheim 2007.
- Flieger, Burghard: Partizipative Umweltunternehmen – Lernfelder für die Politik und Wirtschaft von morgen, in: netz (Hrsg.): Ökologie und Partizipation, Bonn 1997.
- Flieger, Burghard (Hrsg): Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft. Neu-Ulm 2003.
- Flieger, Burghard / Klemisch, Herbert: Eine andere Energiewirtschaft ist möglich – Pionierfunktion neuer Energiegenossenschaften, in: WIDERSPUCH, Heft 54, Energie und Klima, 28. Jg./1. Halbjahr, Zürich 2008, S. 105-110.
- George, Wolfgang / Bonow, Martin (Hrsg.): Energieversorgung – Regionales Zukunftsmanagement Band 2, Lengerich 2008.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter: Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt 2004.
- innova eG (Hrsg.): Genossenschaften gründen – Genossenschaften nutzen, Leipzig 2007 (Bezug: info@innova-eg.de).
- Rutschmann, Ines: Einfache und unkomplizierte Organisationsform – Genossenschaftsexperte Burghard Flieger im Interview, in: Photon Februar 2009, S. 86-88.
- Rutschmann, Ines: Genossenschaften auf dem Vormarsch – Bürgerliche Energieerzeuger entdecken die Vorteile einer bisher wenig genutzten Rechtsform, in: Photon, Februar 2009, S. 78-84.

Anmerkungen

- 1 Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter: Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt 2004.
- 2 Flieger, Burghard (Hrsg): Sozialgenossenschaften – Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft, Neu-Ulm 2003.

Theorie und Praxis

„Denken und Tun, Tun und Denken, das ist die Summe aller Weisheit, von jeher anerkannt, von jeher geübt, nicht eingesehen von einem jeden. Beides muss wie Aus- und Einatmen sich im Leben ewig fort hin und wider bewegen; wie Frage und Antwort sollte eins ohne das andere nicht stattfinden.“

Johann Wolfgang von Goethe, Wilhelm Meisters Wanderjahre (1821), Frankfurt/M.: Insel Verlag, 1982, S. 267.

B E R I C H T

■ Vom Regiogeld zum nationalen Parallelgeld – Ein Beispiel: die griechische Drachme

Zu diesem Thema veranstaltete das Seminar für freiheitliche Ordnung vom 19.-20. November 2011 eine Tagung in Bad Boll. Es ging um die Frage, ob Griechenland ohne einen Austritt aus der Euro-Gemeinschaft aus seiner Not-Situation geholt werden könnte oder nicht.

In Griechenland herrscht Rezession verbunden mit Deflation, steigender Arbeitslosigkeit und zunehmendem Geldmangel. Volksaufstände und Streiks lähmen das öffentliche Leben. Es herrschen Zustände, die fatal an die beginnenden 1930er Jahre in Deutschland erinnern, in denen durch die herrschende Deflation und eine beispiellose Arbeitslosigkeit zunehmend bürgerkriegsartige Zustände herrschten und wo sich radikale Parteien Straßenschlachten lieferten. Das Ende war das Ermächtigungsgesetz der herrschenden Parteien für den zukünftigen Diktator Hitler.

Bei der Tagung in Bad Boll wurde an die damaligen Notlösungen der Geldfrage zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit erinnert: U.a. hatte die Gemeinde Wörgl in Tirol dem deflationären Geldmangel durch die Herausgabe eines Notgeldes (Arbeitswertscheine) abgeholfen. Dadurch sank die Arbeitslosigkeit binnen eines Jahres von über 20% auf unter 15%, während sie im übrigen Land weiter anstieg. Die Gemeinde konnte mit dem emittierten Notgeld zahlreiche öffentliche Aufträge im Straßenbau usw. durchführen und die lokale Wirtschaft blühte auf. Leider wurde das Notgeld nach einem Jahr des Erfolgs im September 1933 verboten, als weitere 170 Gemeinden es auch bei sich einführen wollten. Vier Jahre danach marschierte Hitler in Österreich ein.

Das aktuell erfolgreiche Regiogeld „Chiemgauer“ wurde von seinem Gründer Christian Gelleri sehr verständlich vorgestellt. Danach sprach Thomas Huth, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Uni Lüneburg, über das Thema „Nationale Parallelwährungen in der Euro-Währungsunion“.

Bezug nehmend auf die Forschungen von Mundell über den „optimalen Währungsraum“ bilanzierte Huth die Ergebnisse der Einführung des Euro in einer Union von wirtschaftlich sehr unterschiedlichen nationalen Wirtschaftsräumen. Da die ursprünglich vereinbarten Regeln nie eingehalten wurden, musste es zu den jetzigen Missständen kommen. Huth stellte die jetzt vorgestellten „Lösungen“ kurz dar und kam zu dem Ergebnis, dass sie alle die Probleme nicht lösen würden. Der Austritt aus der Währungsunion und die Wiedereinführung der Drachme als Alleinwährung würde lediglich die Handlungsfähigkeit des griechischen Staates für einige Zeit wieder herstellen, abgesehen von der Unmöglichkeit, die bestehenden Schulden überhaupt bezahlen zu können.

Sodann stellte Huth die Möglichkeit einer Parallelwährung neben der offiziellen Landeswährung als durchaus üblich dar. In Ländern Lateinamerikas lief zeitweise der US-Dollar als Parallelwährung um und in zahlreichen östlichen Ländern liefen immer schon DM, Dollar u.a. als inoffizielle Parallelwährungen um, wie es noch heute mit der längst abgeschafften DM geschieht. Immerhin sind noch mindestens eine Milliarde DM nicht in Euro umgetauscht worden (was irrsinniger Weise immer noch möglich ist). Ob eine Einführung der Drachme als Parallelwährung zum Euro sinnvoll wäre, blieb offen.

Eckhard Behrens, Volljurist und Volkswirt, persönlicher Schüler von Prof. Franz Böhm, einem Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, stellte dann sein Modell der Drachme als nationales Parallelgeld neben dem beizubehaltenden Euro dar. Der im Festkurs 1:1 zum Euro stehenden Drachme müsste nur eine Haltegebühr auferlegt werden, die die Zahlungsbereitschaft der jeweiligen Besitzer stark erhöhen würde. Die dadurch erreichbare Umlaufgeschwindigkeit des Parallelgeldes würde es ermöglichen, mit einer relativ geringen Geldmenge auszukommen, um die Zahl der möglichen Tauschvorgänge zu erhöhen. Es würde zu einem Wachstum der Wirtschaft wie bei einer Inflation kommen, ohne die dort eintretenden Wertverluste. Die Haltegebühr würde lediglich die Wertaufbewahrungseigenschaft des Parallelgeldes stark zugunsten der Tauschbarkeit einschrän-

ken. Das Geld würde bevorzugt für jeden Tausch eingesetzt, um den mit der Haltegebühr einhergehenden Belastungen zu entgehen.

Für eine solche aus der Not geborene Lösung wurden noch viele unterstützende Argumente angeführt. Die etwa 50 TeilnehmerInnen der Tagung stimmten zu, dass man versuchen sollte, diesen Gedanken in die öffentliche Diskussion zu tragen, die sich ja durch eine weit gehende Ratlosigkeit auszeichnet. Es sollte der Versuch gemacht werden, nach der Einrichtung einer Insolvenzordnung für Staaten der Euro-Zone, die dann eine geordnete Insolvenz in Griechenland ermöglichen würde, dieses Notgeld an der Stelle der jetzigen Unsummen von Rettungsgeldern versuchsweise einzuführen. Im Falle des Scheiterns wäre eine Rückkehr zum Euro leicht möglich und die riskierte Euro-Summe zur Deckung der eingeführten Drachme (man schätzte diesen Betrag auf ca. 10 Milliarden) liegt weit unter den jetzt mit großer Wahrscheinlichkeit nutzlosen Rettungsgeldern. Vor allem würde nach der relativ kurzen Zeit der geordneten Insolvenzabwicklung wieder die volle Souveränität des griechischen Staates hergestellt werden im Gegensatz zu den jetzt diskutierten, entwürdigenden und jeder demokratischen Auffassung von Staat Hohn sprechenden Dauerbeaufsichtigungen durch die ‚gesunden‘ Geld-Geber-Staaten. *Gerhardus Lang*

■ Parallelwährung erspart Euro-Austritt

Politik und Wirtschaftspresse werden immer ungeduldiger mit Griechenland. Uns droht ein „großer Knall“ mit ungeordnetem Austritts-Mobbing und ungeordneter Staateninsolvenz. Die Turbulenzen könnten rasch übergreifen auf Portugal und weitere Euro-Länder.

Sowohl eine Staateninsolvenz als auch ein Austritt aus dem Euro-Währungsverbund sollten möglich werden, aber gesetzlich geordnet und in der richtigen Reihenfolge ablaufen. Der erste Schritt muss ein starker Schuldenschnitt sein – und zwar solange Griechenland noch dem Euro-Raum angehört, weil der Euro der einzig verlässliche Wertmaßstab für die Abwicklung der Altlasten ist.

Ein geordnetes Insolvenzverfahren stellt die selbständige Handlungsfähigkeit wieder her und unterscheidet sich damit grundlegend von der ungeordneten Dauerinsolvenz, in der Griechenland seit Jahren gefangen ist und gegen die seine Bevölkerung zunehmend revoltiert. Es erweist sich als schweres Versäumnis, die Staateninsolvenz europarechtlich nicht zu regeln. Nur Regeln schaffen Verfahrenssicherheit. Dass sie fehlen, führt zu Vermeidungsstrategien, die Europa jetzt viel Geld kosten und nur die Banken und Fonds bereichern.

Erst nach dem Schuldenschnitt ist von Griechenland selbst über den Verbleib im Euro-Raum zu entscheiden; da es kein Kündigungsrecht gibt, ist eine Änderung der europäischen Verträge – also Einstimmigkeit – Voraussetzung des Austritts. Die große Mehrheit der Griechen wünscht sich immer noch den Verbleib, ob sie aber die ökonomischen Konsequenzen einer Austeritätspolitik über den Wahltermin hinaus bereit sein werden, jahrelang zu tragen, muss bezweifelt werden. Die Griechen können künftig keine Konjunkturpolitik mit dem Instrument der Ausweitung der Staatsausgaben machen. Daher muss die Konjunkturpolitik einen Paradigmenwechsel schaffen oder es gibt sie gar nicht mehr. Die Aufgabenstellung lautet, die private Nachfrage so stark anzuregen, dass die Gesamtnachfrage steigt, obwohl die Staatsnachfrage zurückgefahren wird. Mit einer wesentlichen Lockerung der Geldpolitik der EZB kann Griechenland jedoch kaum rechnen.

Daher wird richtigerweise der Austritt Griechenlands aus dem Euro-Währungsverbund zu erwägen gegeben. Mit einer nationalen Währung könnte Griechenland eine lockerere Geldpolitik als die EZB mit dem Ziel verfolgen, einerseits die Binnenkonjunktur durch eine etwas höhere Inflationsrate und andererseits die Exportkonjunktur durch kontinuierliche Abwertung der Drachme zu fördern.

Die Vorteile einer nationalen Währung für die Konjunktur und die Vorteile eines Verbleibs im Euro-Währungsverbund für die internationale Arbeitsteilung lassen sich miteinander verknüpfen, indem die Drachme parallel zum Euro eingeführt wird. Der Verbleib im Euro würde problematische Vermögensabwertungen und Umtausch-

aktionen ersparen, die bei einem Austritt unvermeidlich sind. Nur die laufenden binnenwirtschaftlichen Zahlungen – vor allem die des Staates, aber auch Gehälter und Mieten – müssten auf Drachme umgestellt werden; das wäre im Verhältnis 1:1, aber auch zu einem anderen politisch gesetzten Kurs möglich. Danach wäre der Wechselkurs Drachme/Euro freizugeben, allein schon um Schwarzmarktprobleme gar nicht erst aufkommen zu lassen. Euro und Drachme wären nebeneinander gesetzliche Zahlungsmittel.

Lästig wären eine doppelte Preisauszeichnung und Kontenführung sowie bei jedem Geschäft eine ausdrückliche Absprache über die geschuldete Währung; aber welcher Kaufmann wird auf einen Umsatz verzichten, nur weil ihm keine Euro, sondern nur Drachme angeboten werden? Das Ziel ist die Beschäftigung der brachliegenden Kapazitäten – trotz schrumpfender Staatsausgaben. Die Drachme würde niemand horten; jeder Empfänger würde fleißig Umsatz machen und den Umtausch in Euro nur in Erwägung ziehen, wenn er wirklich längerfristig sparen kann und will. Was die Drachme nach einem Euro-Austritt konjunkturpolitisch bewirken könnte, kann sie als Parallelwährung auch leisten.

Strukturreformen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Einkommenslage nachhaltig verbessern, sind in Griechenland überfällig, aber erst nach wesentlicher Steigerung der Beschäftigung im wünschenswerten Maße demokratisch durchsetzbar. Insofern sollten die deutschen Ratgeber politisch realistischer denken.

Der große Knall ist nur vermeidbar, wenn die bestehende Unsicherheit durch ein klar strukturiertes ordnungspolitisches Mehrschritt-Programm überwunden wird, das Griechenland eine überzeugende Perspektive eröffnet. *Eckhard Behrens*

Einen ausführlichen, von Dipl.-Volkswirt Timm Cebulla verfassten Bericht über diese Euro-Drachme-Tagung in Bad Boll gibt es auf der Website http://sffo.de/sffo/TB_20111119_Nationales_Parallel_Geld_02.pdf

Auf der Website www.sffo.de wird in Kürze ein Positionspapier des Seminars für freiheitliche Ordnung in Bad Boll veröffentlicht, das den Gedanken der Parallelwährung noch weiter zum

Konzept eines Nebengeldes mit Umlaufsicherung fortführt.

Vgl. außerdem eine Studie „Expressgeld statt Euroaustritt – Wirtschaftsaufschwung in den Krisenstaaten durch umlaufbeschleunigtes und abflussgebremstes Regiogeld“ von Christian Gelleri und Thomas Mayer auf der Website <http://www.unterguggenberger.org/getfile.php?id=3433>

B Ü C H E R

■ Pierre-Joseph Proudhon Theorie des Eigentums

(ins Deutsche übersetzt von Lutz Roemheld und eingeleitet von Gerhard Senft)

Kiel: Verlag für Sozialökonomie, 2010. 186 Seiten.

„Welcher Mensch ist mir, sei es aus Unkenntnis, sei es aus Böswilligkeit, je auf das Gebiet gefolgt, wohin ich ihn gerufen habe? ... Begreift die Öffentlichkeit vielleicht schon, dass zwischen einem Hut sowie einem Mantel einerseits und andererseits einem Stück Land sowie einem Haus hinsichtlich der Art zu besitzen ein Abgrund klafft?“ (S. 2, 5)

Das von Gerhard Senft sorgfältig und umfangreich eingeleitete Buch stellt das Eigentum als zentralen Gegenstand im sozialkritischen Denken Proudhons heraus. Senft rekapituliert die wichtigsten Stationen von Proudhons Eigentumskritik und setzt sich mit seinen Ansätzen zur Transformation des Eigentums kritisch auseinander. Abschließend schätzt er die Bedeutung von Proudhons Werk für einen möglichen (und nötigen) Paradigmenwechsel sozioökonomischer Strukturen einer zukunftsfähigen Gesellschaft ab.

Kaum ein anderer bedeutender und bekannter Autor ist mit so vielen Missverständnissen, Mythen und Vorurteilen umhüllt wie Proudhon. Die berühmte Formel „Eigentum ist Diebstahl“ drückt gerade keine Pauschalkritik am Eigentums aus – wie jüngst ein Autor unüberlegt niederschrieb –, sondern pointiert „eine in der Theoriegeschichte der Ökonomie nahezu unerreichte äußerst differenzierte Eigentumskritik“. (Senft, S. X) Die von Proudhon womöglich erstmalig geleistete analytische Unterscheidung von Eigentum und Besitz

konnten nach den umstrittenen aber zweifelsohne geistvollen Theoretikern Heinsöhn und Steiger weder Marx noch die Vertreter der klassischen und herrschenden Wirtschaftswissenschaft leisten. Mit der vorliegenden Übersetzung wird deutschsprachigen Lesern ein weiteres wichtiges Werk von Proudhon in voller Länge zugänglich gemacht und die Voraussetzung dafür geschaffen, seine ungerechte Behandlung in der Dogmengeschichte zu korrigieren.

Kapitel 1 nimmt fast ein Drittel des Buches ein und fasst die wichtigsten Gedanken seiner bisherigen Schriften zum Eigentum zusammen. Dabei ist bemerkenswert, wie Proudhon es schafft, seine über zwei Jahrzehnte verstreuten Gedanken in eine nahezu gerade Linie zu integrieren.

Das zweite Kapitel spricht die Tatsache der notwendigen Besitzergreifung an. Damit diskutiert Proudhon die von ihm „subjektiv“ genannte Seite des Eigentums („die Würde des Eigentümers“, S. 38; „die psychologische Natur“, S. 55), welche auch schon in vorherigen Schriften berührt wurde, während er als Sozialreformer bisher stärker die „objektive“, d.h. soziale und rechtliche untersucht hat, welche als Eigentumsrecht aus der Besitzergreifung entstanden ist. In Kapitel vier widerlegt Proudhon die Meinungen der Juristen über den Ursprung des Eigentums. Bereits in seiner ersten Denkschrift widerlegt er alle Versuche von Rechtfertigungen bzw. naturrechtlichen Bestimmungen des Eigentums: Nicht die Arbeit schafft Eigentum, denn der Wertzuwachs bei der Urbarmachung oder Trockenlegung eines Bodens durch den Pächter fällt nicht ihm selbst, sondern langfristig dem Eigentümer des Bodens zu, welcher kraft des Eigentumsrechtes den Wertzuwachs genießt, ohne dafür arbeiten zu müssen. Jeder Pächter wäre Eigentümer. Auch die Okkupation kann kein Naturrecht sein, den die letzten haben nichts zu besetzen. Eigentum unterliegt keiner Rechtmäßigkeit, sondern ist „Ergebnis der Spontaneität der Gesellschaft, Ausdruck eines Willens“. (S. 120) Die Verteidiger des Eigentums liefern nicht nur unlogische Rechtfertigungen des Eigentums: „Die Geschichte und die Volkswirtschaftslehre sind voll von Klagen über die vielen Arten von Missbrauch des Eigentums, ohne dass jemand jemals hat begreifen wollen,

dass [...] Gebrauch und Missbrauch identisch sind und dass ein Eigentum, das aufhören würde, missbrauchbar zu sein [...] schlicht und einfach wieder Besitz werden würde, dass es kein Eigentum mehr sein würde.“ (S. 78)

Proudhon klassifiziert drei Gesellschaftsformen: die Gemeinschaft, das Feudalsystem und das Eigentum. Bemerkenswerterweise verwenden auch Heinsohn und Steiger diese Dreiteilung (Stammes-, Feudel-, und Eigentumsgesellschaft) als Grundtypen der Vergesellschaftung, ohne jedoch Rekurs auf Proudhon zu nehmen. Proudhon zeigt die historische Entwicklung sowie die Fehler dieser Formen der Bewirtschaftung im dritten und fünften Kapitel auf.

Im sechsten Kapitel über seine neue Theorie des Eigentums zeigt Proudhon zunächst, wie das Eigentum „an keine bestimmte Staatsform gebunden ist“ (S. 101) und weiß, „sich die Regierung zum Mittel der Ausbeutung zu machen“. (S. 98) Aufgrund seiner dialektischen Betrachtungsweise gesteht er dem Eigentum zu, „der furchtbaren Macht des Staates zum Gegengewicht zu dienen.“ (S. 103) Zudem wird die historische Abhandlung ergänzt und deutlich gemacht, dass das bürgerliche Eigentum mehr Freiheit und Gleichheit schafft, als jede vorherige Ordnung. Dabei ist in Erinnerung zu rufen, dass Proudhon die Geschichte als einen zielgerichteten Prozess – Rückschläge nicht ausgeschlossen – hin zur Gerechtigkeit begreift („Philosophie du progrès“) und nicht, wie etwa Karl Polanyi, vergangene Ordnungen romantisiert und gewaltsame Entwurzelungen der Gesellschaft beklagt. Dieses Kapitel erfordert erhöhte Flexibilität, sich auf Proudhons Gedanken einzulassen – dazu eine Kostprobe: „Missbrauch des Eigentums ist der Preis, mit dem Sie seine mühevollen Erfindungen bezahlen [...] Mit Hilfe des Eigentums verwandelt sich das individuelle, unsoziale, geizige, neidische, eifersüchtige, von Stolz und Treulosigkeit erfüllte Ich und wird dem gesellschaftlichen Ich ähnlich, seinem vorbildlichen Meister.“ (S. 124)

Kapitel 7 liefert die „Lösung“: Um den Missbrauch des Eigentums zu bekämpfen, ohne „die Zerstörung der Freiheit“ durch ausufernde Reglementierung zu bewirken, muss das Eigentum „in Wettbewerb mit sich selbst treten [...] folglich

ein Gleichgewicht mit sich selbst herstellen“. (S. 130) Ferner wird eine angemessene Erziehung und Bildung für die Massen sowie eine Einbettung des Eigentums in die Institutionen der Gegenseitigkeit bzw. das System der gegenseitigen Garantien (Gewaltenteilung, Dezentralisierung, Besteuerung der Bodenrente, Organisation des zinsfreien Kredits etc.) benötigt. Abschließend verteidigt Proudhon noch einmal seine Kritik gegen die Apologeten des Eigentums (Kapitel 8) und gibt eine Zusammenfassung (Kapitel 9).

Dieses Buch bildet aus mehreren Gründen einen idealen Einstieg in das originelle Denken Proudhons: es gibt einen Überblick über viele seiner Werke; es ist im Gegensatz zum berühmtesten Werk „System der ökonomischen Widersprüche“ sehr knapp; es stammt aus der reifen Schaffensphase Proudhons und ist daher verhältnismäßig sachlich-nüchtern, systematisch und sehr verständlich abgefasst. Und dennoch muss man nicht auf die kraftvolle, humorvolle und bildhafte Sprache verzichten und darf die polemische Bloßstellung der Widersprüche der gelehrten Verteidiger des Eigentums genießen.

Ferdinand Wenzlaff

■ Helge Peukert Rudolf Goldscheid – Menschenökonom und Finanzsoziologe

Reihe: Finanzsoziologie, hrsg. von Jürgen G. Backhaus, Band 3.

Frankfurt/M.: Peter Lang Verlag, 2009. 130 Seiten.

Die Gestaltung des öffentlichen Haushaltes ist heute mit einem unübersehbaren Dilemma verbunden: Auf der einen Seite haben sich die Ansprüche an das moderne Staatswesen enorm vervielfacht. Industrieunternehmen und Bauwirtschaft verlangen von den Regierungen mehr Investitionen im Bereich der Infrastruktur; der selbständige Mittelstand ruft nach Anerkennung seiner Leistungen in Form von steuerlichen Maßnahmen. Zudem wird der Staat für alles Mögliche haftbar gemacht: Sitzt eine Anlegergruppe einem Aktienschwindel auf, soll die sichtbare Hand des Staates das Erlittene kompensieren. Auf der anderen Seite ist festzustellen, dass offenbar kaum jemand mehr bereit ist, dem staatlichen Gemeinwesen mehr als das Allernotwendigste an

Mitteln zukommen zu lassen. Von allen Seiten tönt die Klage über eine zu hohe Staatsquote.

Als im Gefolge der Finanzkrise 2007/08 der Sektor der Geldinstitute seine Verluste aus öffentlichen Töpfen ausgeglichen erhielt, wurde es nur ein weiteres Mal deutlich, wie sehr ein entwickelter Kapitalismus als Erzeuger eines armen Staates zu wirken imstande ist. In diesem Sinne sind die Überlegungen des Wiener Finanzsoziologen Rudolf Goldscheid (1870-1930) zur gesellschaftlichen Bedingtheit des Staatshaushaltes heute hoch aktuell. Goldscheid: „Stets hatte das Privatkapital innerhalb des Bestehenden die Neigung, den Staat als die goldene Eier legende Henne zu betrachten, der man das nötige Futter nicht zu gönnen braucht.“ Der Staat wurde so mehr und mehr mit Aufgaben überfrachtet, wenn das Marktgeschehen alleine keine zufriedenstellenden Lösungen hervorbrachte.

Rudolf Goldscheid entstammte einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie, er wandte sich zunächst dem Fach Philosophie zu, um später ein Studium der Soziologie anzuschließen. Bekannt wurde Goldscheid vor allem durch seine sozialphilosophischen und finanzsoziologischen Schriften. Seine Publikationen widmen sich thematisch der Entwicklungstheorie, der Bevölkerungspolitik sowie besonders der Finanzpolitik und der Staatshaushaltsreform, wobei in den jeweiligen Zusammenhängen auch ethische und kulturpolitische Fragestellungen angesprochen werden. Politisch wirkte Goldscheid im Umfeld der österreichischen Sozialdemokratie, wo er zur geduldeten Minderheit der „Neuen Linken“ zählte.

Goldscheids in Wien 1917 erschienenes Hauptwerk, mit dem er breite Anerkennung erlangte, trägt den Titel: „Staatssozialismus oder Staatskapitalismus“. Das Grundübel der kapitalistischen Gesellschaft vermag Goldscheid im Gegensatz zu den Marxisten nicht in der Trennung der Arbeiterschaft von ihren Produktionsmitteln zu erblicken, sondern in der Trennung des Staates von den Produktionsmitteln. In diesem Gedanken ist auch der Ursprung des Goldscheidschen Lösungsansatzes zu erblicken, der auf die Herstellung einer neuen staatlichen Einkommensquelle mittels Schaffung eines fiskalisch begründeten Unternehmerstaates zielt. Nur die „Reappropriation

des Staates“ über den Weg einer großen Vermögensabgabe sei imstande, dem öffentlichen Sektor wieder eine gesunde finanzielle Basis zu verschaffen. Die Neuordnung der Besitzverhältnisse soll in der Weise geregelt werden, dass der Staat von der Gesamtheit des nationalen Privateigentums so viel in seinen Besitz überführt, als für die vollkommene Deckung seiner Schuldenlast erforderlich ist.

Mit Sicherheit wurde Goldscheid bei der Entwicklung seiner Reformideen von jenen Bedingungen inspiriert, die die Kriegswirtschaft zwischen 1914 und 1918 hervorgebracht hatte. Der mit enormem Mittelaufwand finanzierte Erste Weltkrieg und die damit verbundenen ökonomischen Umbrüche führten vor Augen, dass eine ganz andere Wirtschaftsform möglich ist. Dazu kam, dass die revolutionären Umwälzungen im Gefolge des großen Krieges und die Notwendigkeit eines Neuaufbaus der Wirtschaft in Österreich die Nachfrage nach alternativen Konzepten rasant anschwellen ließen. Goldscheid verarbeitete seine Reformvorschläge in ein Kurzprogramm, das er 1919 unter dem Titel „Sozialisierung der Wirtschaft oder Staatsbankrott“ veröffentlichte. In dieser Phase bewies Goldscheid, dass er alles andere als einen blassen Stubengelehrten repräsentierte. Inmitten des revolutionären Geschehens wirkte er als Arbeiterrat in Wien-Landstraße beim Aufbau rätendemokratischer Organe mit.

Dem Erfurter Finanzwissenschaftler Helge Peukert ist es zu danken, dass dem nur schmalen Bestand an Sekundärliteratur zum Werke Goldscheids nun ein Band hinzugefügt wurde, der knapp und kompakt zu den Thesen des „Pioniers einer kritischen Fiskalwissenschaft“ (Rudolf Hikkel) Auskunft zu geben vermag. Der Autor stellt nicht nur die Bandbreite des Goldscheidschen Oeuvres auf sehr verständliche Weise dar; ihm gelingt es auch, das intellektuelle Umfeld im modernen Wien um 1900 lebendig herauszuarbeiten (Soziologische Gesellschaft, Liga für Menschenrechte, Monistenbund etc.). Dabei wäre es aber wünschenswert gewesen, auch auf den libertären Kritiker Goldscheids, Pierre Ramus, einzugehen, der in den gedanklichen Ansätzen Goldscheids auch Abgleitflächen in Autoritäre erkennt. [Ramus, Pierre (1917): Rudolf Goldscheid: ein so-

ziologisches Genie des Staatssozialismus, in: Ders. (2001): Erkenntnis und Befreiung. Konturen einer libertären Sozialverfassung, Wien, 113-120.] Alles in allem handelt es sich jedoch um ein sehr empfehlenswertes Buch, das Goldscheid mit seinen Überlegungen zum Humankapital, zur Machtfrage und mit seinen Beiträgen zur fachlichen Institutionalisierung der Soziologie als originellen Denker darstellt. *Gerhard Senft*

■ Roland Kley Wachstum, Geld und Geist – Der Ökonom Hans Christoph Binswanger

St. Gallen: VGS Verlagsgenossenschaft, 2010. 190 Seiten.

Wer sich einmal die bisherigen Träger des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften anschaut, wird feststellen, dass diese Auszeichnung – von wenigen Ausnahmen wie Allais und Sen abgesehen – vielfach an Vertreter des neoliberalen Mainstreams ging, die von den Segnungen deregulierter Märkte überzeugt waren. Erst 2009, ein Jahr nach dem Beginn der großen Finanzmarktkrise, setzte die Schwedische Reichsbank endlich ein Zeichen, indem sie Elinor Ostrom den (halben) Wirtschaftsnobelpreis für ihre Forschungen über Gemeingüter verlieh. Danach kehrte sie leider zur Ehrung traditionell marktgläubiger Ökonomen zurück – hoffentlich nur vorläufig.

Trotz der weit verbreiteten Monokultur neoliberaler Theorien gibt es durchaus noch Ökonomen, deren unorthodoxe Forschungen die Schwedische Reichsbank oder auch die Right Livelihood Foundation mit einem (alternativen) Nobelpreis ehren könnten. Einer dieser Querdenker lässt sich kaum übersehen: der schweizerische Ökonom Hans Christoph Binswanger, der während seiner gesamten wissenschaftlichen Laufbahn versucht hat, das Tabu des Geldes in den Focus der Ökonomie zu rücken.

Als nachträgliches Geschenk zu Binswangers 80. Geburtstag im Sommer 2009 hat es der St. Galler Politologe Roland Kley erfreulicherweise unternommen, Binswanger nicht nur als einen „unabhängigen wachstumskritischen Wissenschaftler“ zu porträtieren (S. 9), sondern dabei auch seinen ganzen Gedankenhorizont aufleuchten zu lassen, dessen Weite und Tiefe in der Ökonomie ihres

Gleichen sucht. Als Binswangers große Stärke schätzt es Kley, nicht nur die Ökonomie genauestens zu kennen und ‚von innen‘ heraus ihre logischen Inkonsistenzen zu zeigen, sondern sie zugleich ‚von außen‘ mit dem kritischen Blick eines besonders mit der Philosophie-, Kultur- und Literaturgeschichte vertrauten Universalgelehrten zu betrachten.

Als Sohn einer Malerin und eines Schriftstellers wurde Binswanger im Krisenjahr 1929 in eine kulturell kreative Familie hineingeboren, zu der auch Ärzte und Psychiater gehörten. In seiner weltoffenen Umgebung stieß die Politik des Nationalsozialismus im benachbarten Deutschland auf eine eindeutige Ablehnung. Während der ersten Kriegsjahre siedelte die Familie Binswanger zeitweise nach Dalmatien über, weil sie sich dort sicherer fühlte.

Nach dem Abitur folgte Binswanger der Anregung eines Freundes, sich intensiver mit der Wirtschaft zu befassen. Im Schweizerischen Sozialarchiv stieß er auf eine freiwirtschaftliche Schrift über das Geld, die ihn so sehr faszinierte, dass er sich entschloss, ein Studium der Ökonomie aufzunehmen statt sich – was bis dahin sein Wunsch gewesen war – zum Filmregisseur ausbilden zu lassen. Der Studiengang Sozialökonomie an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Uni Zürich bot ihm eine Fülle von Anregungen, sich mit der ökonomischen Theorie ebenso wie mit der Wirtschafts- und Ideengeschichte vertraut zu machen und wirtschaftliche Vorgänge im Gesamtkontext von Gesellschaft, Politik und Rechtsordnung zu sehen. (S. 43-45) Außerdem vertiefte sich Binswanger in die Geschichte der Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung und in die Gedankenwelt des Ordoliberalismus der Freiburger Schule. Dem Studium folgte eine wissenschaftliche Laufbahn an der damaligen Handelshochschule St. Gallen, ab 1967 als außerordentlicher Professor und ab 1970 als Ordinarius in der dortigen „Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie“, aus der später das universitäre „Institut für Wirtschaft und Ökologie“ hervorging. Zeitweise wirkte Binswanger mit Ota Sik zusammen, dem ökonomischen Vordenker der tschechoslowakischen Reformbewegung, der nach der Niederschlagung

des „Prager Frühlings“ gerade in die Schweiz emigriert war.

Unter dem Eindruck der Arbeiten von Kenneth Boulding und Nikolas Georgescu-Roegen wandte sich Binswanger frühzeitig der Umweltproblematik zu. 1972 erschien sein Aufsatz „Ökonomie und Ökologie – neue Dimensionen der Wirtschaftstheorie“ in der „Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik“. Anhand der aristotelischen Unterscheidung zwischen „natürlicher Erwerbskunst“ und kapitalistischer „Chrematistik“ legte Binswanger dar, dass die moderne Wirtschaft im Gegensatz zur Ansicht der neoklassischen Ökonomie keine „natürliche Erwerbskunst“ ist, in der das Geld den Menschen und Märkten als neutrales Tauschmittel dient. Vielmehr erblickte er in ihr eine moderne Form der „Chrematistik“, bei der letztlich alles Wirtschaften in den Dienst der Geldvermehrung durch Zins und Zinseszins gestellt wird. Und als Wachstumsmaschine lässt sie sich nur solange in Gang halten, wie sich menschliche Arbeit und natürliche Ressourcen in Geld verwandeln lassen. Die sich damals allmählich entwickelnde Umweltökonomie verschloss sich leider diesen Gedanken und blieb dem Trugschluss verhaftet, dass sich die Umweltproblematik nahtlos in die Neoklassik einschließlich ihrer Wachstumstheorien integrieren ließe. Deshalb führte Binswanger ihr vor Augen, dass ihr eine elementare Voraussetzung für die Einsicht in die Begrenztheit natürlicher Ressourcen fehlte: Während nämlich die Klassiker und besonders die Physiokraten noch den Beitrag des Bodens bzw. der Natur zum „Wohlstand der Nationen“ gesehen hatten, war dieser Wohlstand für die Neoklassiker nur noch eine Funktion des Einsatzes von Arbeit, Kapital und technischem Fortschritt. Den Boden bzw. die Natur hatten Neoklassiker in ihrem Glauben an Wachstum und Fortschritt längst als einen möglichen Begrenzungsfaktor aus den Augen verloren – dementsprechend auch die früheren Bodenrechtsreformbestrebungen von Gossen oder Walras.

In der Taschenbuchreihe „fischer alternativ“, die für die damalige Umweltbewegung den Status einer Kultserie hatte, erschien 1978 der von Binswanger gemeinsam mit Werner Geissberger und Theo Ginsburg verfasste „NAWU-Report –

Wege aus der Wohlstandsfalle“. Darin ging es um die vom berühmten Report des Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ (1972) offen gelassenen ökonomischen Fragen. Neben die Kritik am herkömmlichen Geldwesen als Wachstumsmotor traten Aktualisierungen des in der Schweiz noch mehr als in anderen Ländern verbreiteten Gedankens der Allmende sowie Gedanken über eine „Repersonalisierung“ der Unternehmen im Sinne einer Transformation von anonymen Kapitalgesellschaften in kleinere und mittlere Unternehmen in den Rechtsformen von Genossenschaften und Stiftungen. Der „NAWU-Report“ und Binswangers Aufsatz aus dem Jahr 1972 sind heute nahezu in Vergessenheit geraten; jedoch verdienen sie es wie die Frühschriften anderer bedeutender Denker, von Zeit zu Zeit neu gelesen zu werden.

Aus Binswangers Zusammenarbeit mit Gerhard Scherhorn, Udo Ernst Simonis und Hans Georg Nutzinger im Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen des BUND ging das Buch „Arbeit ohne Umweltzerstörung“ (1983) hervor, das wesentliche Impulse zur Diskussion über eine Ökosteuer gab. Über die Ökonomie hinaus wurde Binswanger mit seinem Buch „Geld und Magie – Deutung und Kritik der modernen Wirtschaft anhand von Goethes Faust“ (1985; 2. überarb. Aufl. 2005) bekannt. Neben der Geld- und Wachstumsfrage ist die Verbindung von Ökonomie und Literatur sein zweites großes Lebensthema geworden. Beide Teile von Goethes „Faust“ hatte er schon als achtjähriger Junge erstmals und danach immer wieder gelesen – zugleich fasziniert und abgestoßen von den drei Figuren Raufebold, Habebald und Haltefest. In seiner Interpretation des ökonomischen Gehalts von „Faust II“ erscheint die Geldschöpfung am Hof des Kaisers als zentraler Motor der Neulandgewinnung und der Dynamik des wirtschaftlichen Wachstums, der Philemon und Baucis als Repräsentanten der alten Welt weichen müssen. Auch in Ovids „Metamorphosen“ (König Midas und Erysichton) und anderen großen Werken der Literaturgeschichte förderte Binswanger tiefgründige Auseinandersetzungen mit ökonomischen Fragen zutage. Sodann folgten neben einer Vielzahl von Aufsätzen seine Bücher „Geld und Natur“ (1991), „Geld & Wachstum – Zur Philoso-

phie und Praxis des Geldes“ (1994), „Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen – Aufsätze zur Kultur der Wirtschaft“ (1998, 2. erw. Aufl. 2011) und vor wenigen Jahren schließlich als summa summarum seines Lebenswerks die beiden Bücher „Die Wachstumsspirale – Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses“ (2006) und „Vorwärts zur Mäßigung – Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft“ (2009). Zahlreiche Bücher und Aufsätze sind im Laufe der Zeit auch ins Englische, Französische, Portugiesische, Polnische, Japanische und Koreanische übersetzt worden. Ein Verzeichnis aller Veröffentlichungen von Hans Christoph Binswanger umfasst allein 25 der insgesamt 190 Seiten dieses von Roland Kley zusammengestellten Buches, das auch Beiträge von Hans Nutzinger und Bertram Schefold enthält, in denen Binswanger als theoretischer Ökonom sowie als ökonomischer Dogmenhistoriker gewürdigt wird.

Im Hinblick auf Peak Oil und Peak Everything sowie auf die schon jetzt spürbaren und noch zu erwartenden Klimaveränderungen ließe sich überlegen, ob und wie auch die letzten von Binswanger für erforderlich gehaltenen 1,8% Wachstum noch entbehrlich werden könnten. Unabhängig davon ist und bleibt es ein Meilenstein in der Entwicklung der Ökonomie, dem Mainstream einen Weg in die Richtung einer grundlegenden Kritik am Geld und am faustischen Wachstumsprojekt der Moderne gewiesen zu haben. Noch immer gilt, was Binswanger schon in den 1980er Jahren in einem Interview beklagte, dass nämlich 99 Prozent der Ökonomen, die es besser wissen sollten, das Geldproblem nicht sehen. „Solange wir aber die Geldwirtschaft nicht als Problem erkennen, ist keine wirkliche ökologische Wende möglich.“ (in: Die neue Wirtschaft – Werte im Wandel Nr. 2/1989, S. 1–3) Mittlerweile wird es von Tag zu Tag dringlicher, dass mehr Ökonomen als bisher das Geldproblem durchschauen und Wege zu seiner Lösung suchen. Ähnlich wie die Nobelpreisvergabe an Elinor Ostrom der Forschung über Gemeingüter neuen Aufschwung gab, so sollte auch eine weltweit vernehmbare Würdigung des Lebenswerks von Hans Christoph Binswanger dafür sorgen, dass die Ökonomie ihre Blicke viel stärker als bisher auf das Geldpro-

blem richtet und damit eine ökologische Wende möglich macht.

Werner Onken

PS: Binswangers Buch „Die Glaubensgemeinschaft der Ökonomen – Essays zur Kultur der Wirtschaft“ liegt seit dem vergangenen Jahr in einer neuen Auflage vor, die um einen Beitrag: „Der Doppelwert des Geldes – profan und sakral“ erweitert wurde.

■ Franz Hörmann & Otmar Pregetter Das Ende des Geldes – Wegweiser in eine ökosoziale Gesellschaft

Etsdorf am Kamp / Österreich: Galila Verlag, 2011. 237 Seiten.

Mittlerweile sind mehr als drei Jahre seit der großen Finanz- und Wirtschaftskrise vom Herbst 2008 vergangen. Nach einem kurzzeitigen Entsetzen darüber, dass die Wirtschaftswissenschaften nicht in der Lage gewesen waren, dieses Platzen großer Finanzblasen frühzeitig zu erkennen und die Öffentlichkeit zu warnen, sind Wissenschaft und Politik längst wieder zum ‚business as usual‘ zurückgekehrt. Geblieben sind nur wenige Warner wie Max Otte, der die große Krise in seinem Buch „Crash“ frühzeitig kommen sah und durch die Entwicklung bestätigt wurde.

Aber es gibt auch Kritiker des Mainstreams der Ökonomie, denen gegenüber Vorsicht angebracht ist. Schon das Titelblatt des Buches von Franz Hörmann & Otmar Pregetter befremdet mit seiner Darstellung brennender Geldscheine. Hexen, Bücher oder anderes Ungeliebte in Flammen aufgehen zu lassen, war in der Geschichte immer schon ein leidvoller Irrweg.

Franz Hörmann ist Professor am Institut für Revisions-, Treuhand- und Rechnungswesen der Wirtschaftsuniversität Wien und Otmar Pregetter ist als Unternehmensberater und Lehrbeauftragter an mehreren Universitäten und Fachhochschulen tätig. Im Laufe des letzten Jahres hat ihr gemeinsam verfasstes Buch „Das Ende des Geldes“ Aufsehen erregt, worüber man sich eigentlich nur wundern kann.

Ähnlich wie Marx die kapitalistischen Unternehmer als die Bösen ausmachte und beteuerte, dass es ihm nicht um die Unternehmer als Personen, sondern um ihre Rolle als Vollstrecker der kapitalistischen Profitlogik gehe, so identifizie-

ren Hörmann & Pregetter private Banker als die Bösen und verweisen ebenfalls vorsorglich darauf, dass sie deren „soziale Rollen und nicht die dahinter stehenden Personen“ meinen. (S. 117, 172) Gleichwohl werden die privaten Banker und Notenbanker in diesem Buch als Übeltäter ausgemacht, die das Jahrtausende alte, von den Sumerern übernommene Geldsystem seit dem Beginn der Neuzeit um das römische Sachen- und Schuldrecht sowie um die doppelte Buchführung ergänzt hätten. Im Jahr 1694 hätten sie schließlich mit der Gründung der Bank of England als der ersten privaten Notenbank ihr „Betrugssystem des geheimen Schuldgeldes“ vollendet. „Die Grundstruktur des Geldsystems hat sich danach nicht mehr weiterentwickelt.“ Sie sei allenfalls durch die Computertechnik und das Internet effektiver geworden. (12-14)

Den „pseudowissenschaftlichen“ Ökonomen und Juristen unterstellen Hörmann & Pregetter, dass sie „die Staats- und Wirtschaftslehre als moderne Form der Geheimlehre“ betreiben und das Geldsystem „schon seit Jahrzehnten vorsätzlich als Unterdrückungs- und Manipulationsinstrument der Bevölkerung missbrauchen. ... Nur Eingeweihte dürfen die Spielregeln in unserer Gesellschaft wissen.“ Sich selbst sehen Hörmann & Pregetter dagegen als „Vertreter der vom Aussterben bedrohten Spezies der unabhängigen Wirtschaftswissenschaftler“. (14,16,27)

Unbestritten gibt es im Bereich der Notenbanken und Banken fragwürdige Verhaltensweisen von Personen und die Wirtschaftswissenschaften sind gewiss nicht frei von Ideologie. Aber die in Wissenschaft und Bankwesen Tätigen unter den Generalverdacht zu stellen, sie würden die Gesellschaft vorsätzlich schädigen, ist absurd und grenzt an Verschwörungstheorien. Davon distanzieren sich die beiden Autoren zwar kurz, verweisen aber dennoch in ihrer Literaturliste auch auf Bücher aus den Kopp und Argo Verlagen.

Dieser gegen die in privaten (Noten-)Banken Tätigen gerichtete vorwurfsvolle Grundtenor durchzieht auch die Betrachtungen von Hörmann & Pregetter zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Mittendrin finden sich einige kritische Blicke auf den Zins und Zinseszins mitsamt

seinen Umverteilungswirkungen, die ohne Quellenangabe von Helmut Creutz entlehnt sein könnten. Aber anders als bei Creutz wird diese Problematik nicht auf die ungerechte kapitalistische Fehlstruktur des Geldes zurückgeführt, sondern als Folge des privaten „Schuldgeldes“ hingestellt. (77-79) Hörmann & Pregetter gehen weder auf die etablierten Geldtheorien noch auf geldreformerische Überlegungen ein, den strukturellen „Jokervorteil“ des zinstragenden Geldes durch die Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten des Geldes“ (Keynes und Suhr) zu neutralisieren. Stattdessen besteht der „Mythos des Geldes“ für sie allein auf der Tatsache, dass die meisten Notenbanken der Welt sich im privaten Eigentum von Geschäftsbanken befänden und dass auch private Geschäftsbanken zinsbelastetes Schuldgeld schöpfen.

Hörmann & Pregetter lehnen sich an Paul C. Martins Debitismus sowie an die Eigentumstheorie von Heinsohn & Steiger an. Über weite Strecken argumentieren sie ähnlich wie andere Kritiker einer Geldschöpfung privater Geschäftsbanken (117-161, bes. 123). Aber am Ende treten sie nicht wie Fisher für ein 100%-Money oder Huber & Robertson und die Monetative für ein Vollgeld ein. Ihr andersartiger Vorschlag einer Abschaffung des Schuldgeldes beruht auf ihrer Prämisse, wonach das Geld entgegen aller Theorie gar keine Funktionen als Wertmesser sowie Tausch- und Wertaufbewahrungsmittel erfülle. Es erfülle einzig und allein eine Funktion als Vermittler von Informationen über Angebot und Nachfrage. Und diese Informationsfunktion könne anstelle des mit Zins und Zinseszins belasteten Schuldgeldes und des „Betrugssystems“ der privaten Noten- und Geschäftsbanken sehr viel besser von einer großen computergestützten Clearingstelle wahrgenommen werden.

In einer „postmonetären Gesellschaft nach dem Schuldgeld“ soll dieses Clearingsystem nach den Vorstellungen von Hörmann & Pregetter als „leistungsgedecktes Geltsystem“ – sie sprechen ausdrücklich von „Gelt“ statt von Geld – wirtschaftliche Transaktionen verrechnen. Jede/r soll dann seine „ehrlichen Bedürfnisse in ein globales Informationsnetz einspeisen. ... Wenn die Menschheit offen und ehrlich global kooperiert und

jeder Mensch seine besten Fähigkeiten selbst wieder der gesamten Gemeinschaft zur Verfügung stellt, dann wäre irgendwann tatsächlich auch auf diesem Planeten eine Zivilisation vorstellbar, in der Tauschgeschäfte auf der Grundlage von Leistung und vergleichbarer Gegenleistung gar nicht mehr notwendig wären.“ (20,223) Auf dem Weg zur Erfüllung des alten marxistischen Traums von einem Leben nach dem Motto „Jedem nach seinen Bedürfnissen, jeder nach seinen Fähigkeiten“ soll jeder Mensch aber vorerst noch ein Konto bei diesem globalen „elektronischen Netzwerk“ bekommen und für den Ausgleich von Soll und Haben auf diesem Konto sorgen. Wenn ihm dies nicht gelingt, soll er/sie eine „intensive Beratung“ von „Bankmitarbeitern der Zukunft“ bekommen, welche zu „(Lebens-)Lehrern, geistigen Führern, Heilkundigen, technischen Beratern“ werden. Ihre „schönste und wichtigste Fähigkeit“ werde es sein, „anderen Menschen zu helfen.“ (224-227,232)

Dieses im Kern totalitäre Konstrukt von Hörmann & Pregetter lockt – so der Untertitel des Buches – mit dem Versprechen, einen Weg zu einer „ökosozialen Gesellschaft“ zu ebnet. Doch wird die Boden-, Ressourcen- und Klimaproblematik gar nicht näher betrachtet.

Ignoriert wird in diesem Buch der widersprüchliche Doppelcharakter des herkömmlichen Geldes als ein Freiheit gewährendes Tauschmittel und ein strukturelle Macht verleihendes Wertaufbewahrungs- und Spekulationsmittel. Mit den Schattenseiten des bisherigen Geld- und Bankensystems würde ein das Geld ersetzendes globales Clearingsystem auch dessen Potenzial als „geprägte Freiheit“ (Dostojewski) zerstören und ein neues extrem zentralistisches Machtgebilde aufrichten, dessen Herrschaftscharakter von der angeblichen Hilfsbereitschaft der „Bankmitarbeiter der Zukunft“ verdeckt wird. Im Handumdrehen werden Zins und Zinseszins wegdefiniert. Für im Minus befindliche Konten sollen keine Zinsen fällig werden – „schließlich handelt es sich nur um Information, da in diesem System tote Dinge keine Werte mehr repräsentieren, sondern wahre Werte nur aus menschlichem Verhalten resultieren können.“ (224) Auf diese Weise würden sich Zins und Zinseszins jedoch nicht aus der Welt schaf-

fen lassen, weil die Kapitalmärkte damit nicht automatisch ins Gleichgewicht kämen.

Hörmann & Pregetter liefern in ihrem Buch, was sie der Standardökonomie als Fehlverhalten anlasten: einen Beitrag, den Blick auf die tatsächlichen Ursachen der strukturellen Macht des Geldes zu verstellen. Ihr Buch zeigt auch, wie schnell geld- und zinskritische Debatten auf Abwege geraten können, wenn der private Bankensektor für die tiefste Wurzel des Geldproblems gehalten wird. Dieser Gefahr sind frühere Geld- bzw. Bankenkritiker wie Arthur Kitson oder auch der von Keynes erwähnte Clifford „Major“ Douglas erlegen. Sie besteht auch heute noch, wenn nicht der negativ prägende Einfluss gesehen wird, den die in sich widersprüchliche Struktur des Geldes bislang auf die privaten und auch auf genossenschaftliche und öffentliche Banken sowie auf Unternehmen in den verschiedensten Rechtsformen ausübt – unabhängig von menschlichen Eigenschaften wie der Gier und der Habsucht, freilich diese verstärkend. *Werner Onken*

■ Hanno Beck & Aloys Prinz Abgebrannt – Unsere Zukunft nach dem Schuldenkollaps

München: Carl Hanser Verlag, 2011. 274 Seiten.

An der Universität Münster, an der der Rezensent studierte, gab es ein Bonmot: „Wie steigert man preußisch?“ Die Antwort lautete: „Preußisch – Neumark – Timm“. Neumark und Timm waren zwei Finanzwissenschaftler, letzterer lehrte in Münster. Einer der Autoren, Aloys Prinz, lehrt heute Finanzwissenschaften in Münster und das zu besprechende Buch ist ganz aus der Perspektive der Finanzwissenschaft verfasst. Um die Finanzwissenschaft als Teilgebiet der Volkswirtschaftslehre, das die Rolle des Staates im Wirtschaftsgeschehen beleuchtet und das gerade in Deutschland eine starke Tradition besitzt, ist es sehr ruhig geworden. Richard Musgrave, ein deutsch-amerikanischer Ökonom und wichtigster Vertreter der Public Finance, hat bedauerlicherweise ungeachtet seines langen Lebens nie den Ökonomienobelpreis erhalten. Der Neoliberalismus hat diesen Teil der Ökonomie, die vom Staat und seinen Aufgaben her denkt, wenig Raum ge-

lassen. Es ist deshalb verdientvoll, wenn aus dieser Perspektive die Staatsverschuldung be- und überdacht wird.

„Quid novi?“ – „Was gibt es Neues?“ fragt der Lateiner. Die Antwort: „Nihil novi sub sole“. „Es gibt nichts Neues unter der Sonne.“ Das findet sich schon beim Prediger Salomo (Kohélet 1,9 und daran anschließend 1,10: „Geschieht etwas, von dem man sagen könnte: ‚Sieh, das ist neu?‘ Es ist längst auch geschehen in den Zeiten, die vor uns gewesen sind.“) Die Autoren beleuchten frühere Staatsschuldenkrisen und ihre Bereinigung und sie widersprechen vehement der These, dieses Mal sei alles anders und lasse sich anders bereinigen. Damit entbehren die Ausführungen auch einer kreativen Lösung, wie sie oftmals von Konkursverwaltern im privaten Bereich oder IWF- und EZB-Ökonomen gesucht und bisweilen gefunden wurden. Die starke Vererdung und Realitätsorientierung der Autoren ist auffällig und Stärke wie Schwäche zugleich.

Das Buch ist verständlich abgefasst, auch wenn es ein wissenschaftliches Literaturverzeichnis aufweist. Die Ursachen der Staatsverschuldungen, oftmals Rüstungsausgaben wie in den USA oder die Beschaffung zweier deutscher U-Boote durch Griechenland für rund eine Milliarde Euro, werden aufgezeigt. Die Anwendung keynesianischer Fiskalpolitik als politische Antwort auf Angebotsschocks wie Öl(preis)krisen hat historisch gesehen ebenfalls zu einem Anwachsen der Staatsschulden geführt. Die Wirkungen der Staatsverschuldung für die Bürger wie für unterschiedliche Generationen werden untersucht. „Die Kosten, die den Anlegern durch einen Staatsbankrott entstehen, sind gesamtwirtschaftliche keine Kosten, sondern nur eine Umverteilung von finanziellen Mitteln. Oder wie man es plastisch an der Börse formuliert: Ihr Geld ist nicht weg, es hat nur ein anderer.“ (S. 23)

Neben der expliziten Staatsverschuldung wird die zukünftige Belastung des Staates durch Pensionsverpflichtungen etc. gewürdigt. An vielen Stellen kommt eine Abneigung gegen Sozialausgaben zur Sprache. Auch wenn die Autoren nichts gegen Sozialausgaben an und für sich zu haben behaupten, sehen sie doch im Kontext der Staatsverschuldung keinerlei Produktivität oder Wachstumswirkung solcher Ausgaben.

Beck und Prinz sehen keine Möglichkeit des Staates, bei den Zinsen zu sparen. (vgl. S. 98) Sie hätten sich an dieser Stelle doch einmal von den freiwirtschaftlichen Geldreformvorstellungen leiten lassen sollen, welche im Ergebnis das langfristige Zinsniveau in Nullnähe absenken würde. Immerhin sind ihnen Silvio Gesell und die Freiwirtschaftstheorie nicht unbekannt, denn erfreulicherweise nehmen sie die Anstrengungen der Freiwirtschaftler positiv zur Kenntnis, sich von dem NS-Propagandisten Gottfried Feder mit der Parole von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ abzusetzen. (vgl. S. 100) Aber dann bleibt es bei der Behauptung, dass ohne Zinsen niemand Geld ausleihen oder für seine Alterssicherung anlegen würde. (vgl. S. 100f) Schade eigentlich. *Jörg Gude*

■ Charlotte Jurk & Reimer Gronemeyer (Hrsg.) | **Bodenlos – Vom Verschwinden des Verlässlichen.**

Für Marianne Gronemeyer zum 70. Geburtstag
Frankfurt/M.: Brandes Apsel, 2011. 286 Seiten.

Es kommt nicht oft vor, dass Philosophen über den Boden unter ihren Füßen nachdenken. Intellektuelle beschäftigen sich derzeit lieber mit dem Gehirn – auch das ist ein Symptom für den verlorenen Bodenkontakt von Wissenschaft heute. Umso fruchtbarer ist dieses Buch, das aus der Beobachtung moderner Bodenlosigkeit Beiträge für eine „Philosophie des Bodens“ sammelt.

Die Impulse in diesem Band kommen aus dem Freundeskreis um Ivan Illich – einem der interessantesten Querdenker der Nachkriegszeit. Erfahrungsberichte stehen hier direkt neben akademischen Aufsätzen und inspirierten Texten zum Thema und befruchten sich gegenseitig.

Das Buch handelt von vielerlei Arten, wie der moderne Mensch den Bodenkontakt verloren hat. Zunächst ganz körperlich: Seit wir unsere Füße überflüssig gemacht haben und uns durch die Welt transportieren lassen, hat auch der Boden zunehmend seine Bedeutung für uns verloren. Davon handelt Charlotte Jurks kleine Geschichte von der Entfremdung von Füßen und Boden. Mit welchen Verwüstungen dieser Verlust des sinnlichen Bezugs zum Boden in der Landschaft, vor allem aber in Gesellschaft und Seele der Men-

schen einhergeht, lässt sich in den anderen Beiträgen des Bandes nachlesen.

Was geschieht, wenn die Menschheit von einer Agrarindustrie ernährt wird, die den Boden lediglich als etwas sieht, das es profitabel auszubeuten gilt? Reimer Gronemeyer beschreibt, wie diese Mentalität vom reichen Norden in den Süden exportiert wird, wo in der Folge Kleinbauern von ihrem Land vertrieben werden. Es geht also nicht nur um Bodenlosigkeit als Entfremdung oder Vertreibung von einem Stück Erde, sondern vor allem um eine gesellschaftliche Bodenlosigkeit, die mit der ersten eng verbunden ist: die Auflösung von sozialen Bindungen und Gemeinschaftssinn im Zuge der Individualisierung.

Wie Bodenerosion mit der Erosion gesellschaftlicher Beziehungen zusammenhängt und was umgekehrt die Qualität des sozialen Felds mit Bodenfruchtbarkeit zu tun hat, das beleuchtet Christian Hörl, der hofft, dass Menschen besser mit Ressourcen umzugehen lernen, „wenn die Qualität ihrer Gemeinschaft eine weitere Dimension erreicht“.

Lesenswert ist auch, wie sich die soziale Bodenlosigkeit in der Medizin oder in der Wohnkultur niederschlägt. Da üben Menschen in Hightech-Küchen täglich Lebensformen der Entwurzelung und Vereinzelung und lassen sich in gepflegter Distanziertheit auf keinen Ort ein. Dass ein Zusammenhang besteht zwischen sterilen Einbauküchen, die nie eine erdige Möhre gesehen haben, und der Vertreibung afrikanischer Kleinbauern von ihren Feldern, all das ahnt man beim Lesen dieses Buches.

Grit Fröhlich (zuerst in: OYA Nr. 12/2012)

■ Gerhard Klas Die Mikrofinanzindustrie – Die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut

Berlin: Assoziation A, 2011. 320 Seiten.

„Eines Tages kamen die Mitarbeiter der Grameen Bank mit ihren Motorrädern vorgefahren, haben mir gedroht und mich beschimpft. Dann habe ich eine meiner Hütten verkauft“, erzählt Roshida Khatoon. Die 38-Jährige lebt im Dorf Barai Wikora in Bangladesch. In den 1980er Jahren hat die Frau einen Mikrokredit von umgerechnet 40 Euro bei der Bank des Friedensnobel-

preisträgers Muhammad Yunus aufgenommen. Sie wollte damit Schäden am Haus beheben, die die Flut verursacht hatte, und Nahrungsmittel kaufen. Damals glaubten sie und ihr Mann, dass sie die Raten und Zinsen zurückzahlen könnten. Doch statt zu schrumpfen, wuchs der Schuldenberg. Roshida Khatoon nahm weitere Kredite bei der Grameen Bank und anderen Mikrokredit-Institutionen, um die Schulden zu begleichen. Bis heute hat es die Witwe – ihr Mann ist inzwischen an Nierenversagen gestorben – nicht geschafft, die Kredite zu tilgen. Stattdessen musste sie auch noch ihr Land verkaufen, auf dem sie Bohnen, Guaven, Kokosnüsse und Papayas anbaute.

Roshidas Khatooms Geschichte ist nicht die einzige dieser Art, die Gerhard Klas bei seinen Recherchen in Bangladesch hören musste. Sein Buch „Die Mikrofinanzindustrie – Die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut“ ist die erste umfassende und fundamentale Kritik am System der Mikrokredite, die auf Deutsch erschienen ist. Darin macht Klas sämtlichen Mythen den Garaus, die den angeblichen Erfolg der Mikrokredite begründen. Er hat Studien zu Mikrokrediten ausgewertet und ist nach Indien und Bangladesch gereist, wo die meisten Mikrokreditnehmer der Welt leben. Er hat dort Wirtschaftswissenschaftler, Ex-Banker, Kritiker befragt und Familien getroffen, die dazu gezwungen waren, ihr Hab und Gut und Land zu verkaufen. Menschen, die von den Geldeintreibern drangsaliert und enteignet wurden. Menschen, die vor den Banken in die Hauptstadt Dhaka geflohen sind und dort in Slums leben. Hinterbliebene, deren Familienmitglieder sich aus Verzweiflung über die Schulden das Leben genommen haben. Sein klares Fazit: Die meisten Kreditnehmer sind noch ärmer geworden, ein großer Teil von ihnen ist in die Schuldenfalle gerutscht.

70 Prozent der Mikrokreditnehmerinnen Bangladeschs sind bei mehreren Mikrokreditinstitutionen verschuldet. Nur fünf bis zehn Prozent profitieren von den Krediten – und zwar die, die ohnehin eine verlässliche Einkommensquelle haben. Die Situation von beinahe der Hälfte der Schuldner hat sich verschlechtert. Knapp ein Drittel hat Kredite aufgenommen, um Essen oder medizinische Versorgung zu bezahlen.

Klas schreibt: „Schon eine einzige Zahl müsste ehrliche Armutsbekämpfer stutzen lassen: Die effektiven Zinssätze für Mikrokredite betragen im weltweiten Durchschnitt 38 Prozent, also doppelt so viel, wie in Deutschland jemand für einen überzogenen Dispositionskredit bezahlen muss.“ Warum aber hält sich im reichen Westen so hartnäckig die Überzeugung, dass Mikrokredite „Millionen von Menschen“ aus der Armut befreit hätten? Warum sind Wirtschaftsliberale, Kirchen, Globalisierungskritiker, Entwicklungspolitiker, NGO, Weltbank und Großbanken Mikrokredite gleichermaßen begeistert von der Idee?

„Wirtschaftswissenschaftler selbst greifen auf eine sehr eng gefasste Definition von Armut zurück, die in der Fachwelt bestimmend ist. Sie orientiert sich ausschließlich daran, ob Geld vorhanden ist oder nicht“, erklärt Klas. Die zu diesem Thema publizierten Arbeiten fußten fast immer auf ausschließlich finanztheoretischen Konzepten, bei denen der Tauschwert alles sei, der Gebrauchswert hingegen ignoriert werde. Als Beleg für den Erfolg der Mikrokredite verweisen die Institute ausschließlich auf die hohen Rückzahlungsquoten: die der Grameen-Bank, so deren Gründer Muhammad Yunus, liege bei 99 Prozent.

Der Siegeszug des Mikrokredits verdankt sich allerdings nicht der Tatsache, dass sich die Idee als probates Mittel zur Armutsbekämpfung durchgesetzt hätte. Er ist Teil der Strukturanpassungsprogramme des Westens: anstatt den Entwicklungsländern die Staatsschulden zu erlassen, knüpften Internationaler Währungsfonds und Weltbank die Vergabe weiterer Kredite für Drittwelt-Staaten an die Privatisierung öffentlicher Strukturen und die Deregulierung der Märkte. 1995 gründete die Weltbank die „Consultative Group to assist the Poor“ (CGAP). Sie wollte 200 Millionen US-Dollar für die Vergabe von Mikrokrediten auf den Weg bringen und Nichtregierungsorganisationen (NGO) bei der Umwandlung zu Geldverleihern unterstützen und sie in den globalen Finanzmarkt integrieren. 1997 wurde das erste Mikrokredit-Gipfeltreffen in Washington abgehalten – gemeinsam mit Weltbank, der amerikanischen Entwicklungsbehörde USAID, der Inter American Development Bank, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP und der Citibank. Mikro-

kredite sind das Konzentrat neoliberaler Entwicklungspolitik: sind Teil der Idee, jeder Einzelne könne sich selbst aus der Armut befreien und Unternehmer seiner selbst werden. Sprich: Eigenverantwortung statt Hand anhalten.

„Mikrofinanz sollte der Kitt werden, der die Armutsbevölkerung mit dem Kapitalismus verbindet“, schreibt Klas. Strukturelle Ursachen der Armut hingegen werden durch Mikrokredite ausgeblendet. Sie zeigen vielmehr, dass Arme ein lukrativer Markt sind – ein wichtiges Signal für das globale Finanzkapital. 30 Millionen Bangladeschi haben Kredite von insgesamt drei Milliarden Dollar. Weltweit sind rund 60 Milliarden Dollar Mikrokredite in Umlauf. Die größten Investoren der Mikrofinanz sind USA und EU. Mittlerweile gibt es sogar Rating-Agenturen für Mikrokreditinstitute. Auch dort zählt wenig mehr als die Rendite. „Wenn man das Wort ‚Kredit‘ durch das Wort ‚Schulden‘ ersetzt, wird das absurde Ausmaß des Mikrokredit-Hypes deutlich“, resümiert Klas. „Geld verdienen mit Schulden, das gelingt vor allem Banken, Konzernen, der Mafia und Wohlhabenden, die ihre Schulden von der Steuer absetzen können.“ *Kathrin Hartmann*

■ Christian Thiel

Das „bessere“ Geld – Eine ethnographische Studie über Regionalwährungen

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011. 373 Seiten.

Anhand der zugänglichen Veröffentlichungen, Telefoninterviews und der ethnologischen Beforschung eines Beispiels unternimmt der Sozialwissenschaftler Christian Thiel den Versuch, den Erfolg eines neuen Geldtyps – komplementärer regionaler Währungen – gemessen an ihren Zielsetzungen zu bewerten. Es ist außerordentlich spannend und gleichzeitig zugegebenermaßen nicht einfach für mich – die ich zu den VerfechterInnen von Regionalwährungen der ersten Stunde gehöre, ja die Idee mitentwickelt habe – über seine Dissertation, die jetzt in Buchform erschienen ist, ‚objektiv‘ zu berichten. Deshalb bitte ich die Leser, diesen Umstand in Erinnerung zu behalten.

Christian Thiel verfolgt mit historischen und ethnographischen Mitteln die Frage, welche In-

tentionen in Theorie und Praxis hinter der Einführung von Regiogeld stecken und ob regionale Gelder bei den Nutzern ein besseres – sprich moralisches, soziales oder ökologisches – Verhalten bewirken. Nach einer ausführlichen Analyse von Aussagen zum Thema Geld im Laufe der Geschichte und einer Ethnographie der Regionalwährungen wird anhand einer qualitativen Fallstudie – dem Chiemgauer – untersucht, wie dieses neue Geld im Alltag eingesetzt wird und welche individuellen und sozialen Auswirkungen es hat. Das Ziel der Dissertation ist es, Dozierenden und Studierenden der Sozialwissenschaften sowie PraktikerInnen aus den Bereichen Regionalgeld, Regionalplanung und -politik und Nachhaltigkeit die bisher wenig erforschte Thematik näher zu bringen.

Mit großer Sorgfalt in der Auswahl der Aussagen anderer wie auch der eigenen Beobachtungen und Forschungsergebnisse erstellt der Autor eine umfassende Sicht des Themas für die verschiedenen Zielgruppen. Es kommen sowohl die Beobachter wie auch die Praktiker zu Wort, die Unterstützer wie auch die Kritiker. Behutsam umkreist Thiel sein zentrales Anliegen, eine Bewertung des Erfolgs aus unterschiedlichen Perspektiven vorzunehmen. Er bietet eine reiche und dichte – gleichzeitig wissenschaftlich sorgfältige und erzählerisch detaillierte Arbeit an, die das Buch zu einer Fundgrube für alle macht, die schon lange etwas tiefer schürfen wollten, um sich dem Thema zu nähern. Es geht dem Autor darum „den grundlegenden Wirkungen von Geld im Alltagshandeln von Menschen und in sozialen Beziehungen nachzuspüren“ (S.21), und dieses Ziel erreicht er aus meiner Sicht zum überwiegenden Teil auf meisterhafte Art und Weise.

An dem jungen Phänomen des Regiogeldes fasziniert ihn vor allem der Versuch, herkömmliches Geld mit seinen sozialen und ökonomischen Folgen durch ein anderes Geld zu „bekämpfen“. Er versucht herauszufinden, ob es im Rahmen der Debatte um gesellschaftliche Konflikte – ausgelöst durch die vielfältigen Folgen der Globalisierung, den Wandel des Sozialstaats, die weltweiten Kapitalismus- und Finanzkrisen – eine Antwort darauf gibt, welche Rolle verschiedene Geldarten in diesen Auseinandersetzungen spielen können.

In der Regiogeldbewegung fließen aus Thiels Sicht unterschiedliche modernisierungskritische und postmaterialistische Ideologien zusammen, die mit dem Regiogeld praktisch und diskursiv versuchen gesellschaftlich Einfluss zu nehmen. Der ihnen gemeinsame Gedanke ist, dass Geld sich so verändern lässt, dass die schädlichen Wirkungen des „normalen“ Geldes praktisch umgekehrt werden, und das „bessere“ Geld die Gemeinschaft verbindet statt sie zu trennen, und darüber hinaus gemeinwohl- statt profitorientiert zu funktionieren.

Das „fokussierte Erkenntnisinteresse“ von Christian Thiel lässt sich in der Frage subsumieren, ob und wie regionale Währungen diese Ziele tatsächlich erreichen.

Um den verschiedenen ‘Mehrfachkodierungen’ des Regiogeldes auf die Schliche zu kommen, hat er „eine mikrosoziologische, sozialkonstruktivistische Perspektive in der Tradition der qualitativen Sozialforschung gewählt“, die es ihm erlaubt, „durch größtmögliche Offenheit, ein Entdecken und Verstehen komplexer Zusammenhänge ... einen empirisch begründeten und theoretisch anschlussfähigen Beitrag zur Soziologie des Geldes zu leisten.“ (S.22-23)

Im Anschluss an die Einleitung in Kapitel I beschäftigt er sich in Kapitel II mit Theorien und Untersuchungen über Geld; in Kapitel III stellt er die angewandten Untersuchungsmethoden dar; Kapitel IV behandelt die ideengeschichtlichen Wurzeln des Phänomens Regionalgeld; Kapitel V zeigt an einem Fallbeispiel auf, welche Bedeutungen sich im Alltag mit dem Regionalgeld verknüpfen; und Kapitel VI schließlich fasst die zentralen Ergebnisse zusammen und arbeitet verbleibende Forschungslücken heraus.

Thiel führt den Leser auf eine hochinteressante Reise durch die Welt des Geldes und lässt ihn sowohl an dem kniffligen Paradoxon Geld – gleichzeitig etwas hoch Abstraktes wie auch banal Konkretes zu sein – teilhaben. Mit Zitaten von Dostojewsky, Nietzsche, Shakespeare und Shaw, aber auch kurzen Analysen über das Verhältnis zum Geld von Marx, Weber, Habermas, Luhmann, Dahrendorf, Deutschmann, Bourdieu u.a. würzt er die höchst lehrreiche und amüsan-

te theoretisch empirische Annäherung. Es geht entsprechend der Soziologie des Geldes darum, wie eine spezielle „Geldart“ eine bestimmte „Geldkultur“ konstituiert und einen bestimmten Handlungsrahmen ermöglicht. Denn Geld kann als Tauschmittel genutzt oder als Herrschaftsmittel verwendet werden. Es kann bestimmten Zwecken oder der Kommunikation dienen. Geld kann handlungsermächtigend und unterwerfend sein; es kann befreien und abhängig machen; Gemeinschaften trennen und verbinden. Immer wieder geht es Christian Thiel bei der Rückführung der Untersuchung auf das Thema Geld und speziell Regiogeld um die Frage, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben oder leben möchten.

Seine Ethnographie der Regionalwährungen ist sicherlich die umfassendste und detaillierteste Darstellung der verschiedenen Wurzeln der Regiogeldbewegung, die es bisher gibt. Schon dieses Kapitel allein sollte das Buch zu einem Grundlagenwerk für alle machen, die sich dem Thema in Theorie und Praxis widmen wollen. Nach einer kurzen Beschreibung verschiedener konkreter Modelle (Chiemgauer, Havelblüte und Urstromtaler) behandelt Thiel die unterschiedlichen Begründungen für die Einführung von Regiogeld von den praktischen, teils kommerziellen Vorteilen bis zu den eher altruistischen Begründungen, wie ein gerechteres Geldsystem aussieht. Und er bemerkt, dass letztere weniger nach außen als nach innen kommuniziert werden. (S. 192) Die Funktion und Konflikte innerhalb des Regiogeld-Verbandes bei der Formulierung und Verabschiedung von Qualitätskriterien und der Organisation von Netzwerktreffen werden ebenso dargestellt wie die unterschiedliche Herkunft und Motivation von Aktivisten und Initiatoren, von Unterstützern und Konkurrenten in der Tauschringsszene, bei ATTAC, den Lokalen Agenda 21 Gruppen, der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung u.a. Darüber hinaus geht es auch um die praktischen technischen und organisatorischen Fragen bei der Gestaltung, Etablierung, Nutzung und Verwaltung des neuen Geldes. Als Fazit betrachtet Thiel die Regionalgeldinitiativen als „soziale Bewegung“, als eine an Mitgliedern wachsende Gruppierung, die einen Prozess des

Protestes gegen bestehende soziale Verhältnisse voranbringen will. In ihr verschmelzen aus seiner Sicht verschiedene Weltanschauungen, darunter die Freiwirtschaftsbewegung und die Anthroposophie mit heterogenen „Wissensvorräten“ wie die Geldreform, moderne Esoterik und alternative Ökonomie in einem spannungsreichen Deutungsrahmen. (S. 231)

Auch wenn die Bewegung in ihrer ökonomischen Bedeutung heute kaum ins Gewicht fällt, so argumentiert Thiel, ist sie dennoch als Protestbewegung gesellschaftlich relevant, weil die Akteure entsprechend ihren Ordnungsvorstellungen versuchen, das gesellschaftliche und politische Koordinatensystem zu verschieben. (S.233-234) Wie einflussreich sie dabei sind, daran scheiden sich die Geister. Für die einen sind sie Wahrnehmungs- und Warninstanz. Für die anderen liegt Ihre Bedeutung nicht in den Mitgliedszahlen und den Umsätzen, sondern darin, dass es sie gibt. (S. 235)

Was mir in diesem Zusammenhang fehlt, ist die Rolle von zwei Zeitschriften: erstens der „Zeitschrift für Sozialökonomie“ und der „Humanen Wirtschaft“, welche die Theoriebildung im Rahmen der Geld- und Bodenreform- und der Regiogeldbewegung und die Kommunikation innerhalb der beiden Bewegungen seit vielen Jahren vorgebracht haben. Beide sind auch die Sprachrohre für Wissenschaftler, die sich mit den Themen Geld, Geldreform und Regionalgeld befassen wie Prof. Dr. Dirk Löhr, Prof. Dr. Thomas Huth, Prof. Dr. Christian Kreiss, um nur einige zu nennen, deren Arbeiten in diesem Kontext nicht gewürdigt werden.

In seiner Fallstudie zum Chiemgauer beschreibt Thiel diese spezielle Regionalwährung – eine der erfolgreichsten in Deutschland – als eine Geldart, die in ihren Bedeutungen, Handlungen und Auswirkungen durch moralische Maximen geprägt ist. Hier kommt die voraus gegangene Analyse zu den Wurzeln des Regiogeldes nun zum Einsatz. Er kritisiert, dass der Chiemgauerverein in der Öffentlichkeitsarbeit zum Beispiel mit Filmen wirbt, in denen Schülerinnen bei der Werbung für ihr Projekt und gemeinnützige Projekten gezeigt werden, die von dem Geld profitieren, statt dass auf die über 100jährige Geschichte

der Freiwirtschaft eingegangen wird. Nun frage ich mich, was soll eine solche Kritik? Ganz sicher muss man auch als Wissenschaftler zwischen der wissenschaftlichen Genauigkeit in der Darstellung und der praxistauglichen Argumentation bei der Einführung eines neuen „Geldproduktes“ unterscheiden. Denn an der Geschichte ist kaum noch ein Mensch interessiert, außer Forschern oder Initiatoren – aber an der Art und Weise wie Projekte, die in der Region zumeist unterfinanziert sind, gefördert werden können, dürften die Einwohner einer Region durchaus interessiert sein.

Wahrscheinlich ist es auch eher die relativ geringe Beachtung dieses Aspekts in der Diskussion um das Vorgehen und die Umsetzung, die Thiel stört. Andererseits zeigt er auf, dass es immer wieder Einzelne gegeben hat, die sich ausführlich und umfassend mit den nicht immer einfachen geschichtlichen Zusammenhängen und daraus erwachsenden Vorwürfen auseinander gesetzt haben. (S. 153)

Diese unentschiedene Haltung – einerseits Verständnis für die Probleme, ein anderes Geld einzuführen, andererseits eine unterschwellige Kritik an den verschiedenen Vorgehensweisen aus wissenschaftlicher Sicht, charakterisiert die weiteren Kapitel, wie auch ein Unverständnis der speziellen Charakteristika der Regiogelder, wie zum Beispiel die Umlaufsicherung. Sie soll nach Thiel „die Menschen regelrecht zum (Geld)Ausgeben zwingen.“ Ein weit verbreiteter Irrtum, der allerdings auch selten ausgiebig genug behandelt wird. Meine Kritik richtet sich in diesem Punkt also nicht nur an Thiel, sondern auch an die Initiatoren von regionalen Währungen. Leider wird dadurch der letzte Teil des Buches aus meiner Sicht weniger nützlich. Man kann nicht an einem zentralen Unterschied zum herkömmlichen Geld vorbeigehen, ohne den Wert der Analyse zu beeinträchtigen. Trotzdem möchte ich das Buch allen empfehlen, die sich dem Thema Regiogeld wissenschaftlich oder praktisch nähern wollen.

Margrit Kennedy

■ Stefan Klein Der Sinn des Gebens – Warum Selbstlosigkeit in der Evolution siegt und wir mit Egoismus nicht weiterkommen

Frankfurt/M.: S. Fischer-Verlag, 2010 (2. Aufl.). 282/335 Seiten.

Im vorzustellenden Buch gelingt dem Wissenschaftsjournalisten Stefan Klein (wie bereits im Buch „Die Glücksformel“) eine allgemeinverständliche Darstellung aktueller sozial- und naturwissenschaftlicher Erkenntnisse. Er zeigt, dass menschliches Verhalten mit Egoismus nicht vollständig beschrieben wird. Dazu stellt er spieltheoretische Kooperations-Experimente vor. So soll z.B. im Ultimospiel Spieler A ein „vom Himmel gefallenes“ Geschenk mit Spieler B teilen. Dieser kann die Gabe ablehnen, wenn sie zu klein ausfällt. Dann bekommt keiner etwas. Ein „Homo Oeconomicus“ würde auch kleine Beträge geben und akzeptieren. Dieses Verhalten wurde bei Affen beobachtet, die dieses Spiel spielten. Dagegen lehnen Menschen als Spieler B „mickrige“ Gaben oft ab. Daraufhin geben Menschen als Spieler A freiwillig mehr ab – im Durchschnitt fast die Hälfte. Erfolgt Kooperation hier primär aus Furcht vor sozialer Bestrafung? Jedenfalls spielen Menschen das Ultimospiel lieber in Gruppen, in denen Spieler B strafen kann, als in Gruppen, wo Bestrafung nicht möglich ist. Diese Vorliebe für das Bestrafen spielt offenbar auch bei anderen (wiederholbaren) Spielen eine Rolle: wird Kooperation (konkret: Einzahlen in eine gemeinsame Kasse) durch Mehrung der verfügbaren Gesamtsumme belohnt, können faire Spieler einen „Tugendkreislauf des Vertrauens“ erreichen. Dafür müssen sie allerdings „Trittbrettfahrer“ bestrafen können, die nichts einzahlen und dennoch von der Mehrung der Gesamtsumme profitieren wollen. In anderen Spiel-Experimenten bewährt sich diesbezüglich die Strategie, erst zu kooperieren, dann aber Nichtkooperierern mit Nichtkooperation und nur Kooperierern mit Kooperation zu begegnen („tit for tat“).

Klein erklärt kooperatives Verhalten evolutionsbiologisch. Wer gut für seine Kinder und engen Verwandten sorgt und z.B. auf dem Feld der „Brutpflege“ kooperiert, hat bessere Überlebenschancen – insbesondere in Notlagen. Hier droht

Egoisten das Aussterben. So konnte sich der Altruismus im Lauf der Evolution allmählich verbreiten. Daher gleicht menschliches Verhalten zuweilen dem barmherziger Samariter. Ohne Katastrophen hätte es Altruismus aber wohl schwerer. Dann würde Trittbrettfahrerei dominieren, d. h. das Streben, ohne eigene Anstrengung von Gruppensolidarität zu profitieren.

Der Mensch steckt jedoch in einem Geflecht von Kooperation und Wettbewerb – wie Fußballer, deren Team im Wettbewerb mit anderen Teams steht, wobei innerhalb des Teams Kooperation zählt, zugleich jedoch ein Wettbewerb um die Stammpätze besteht. Stehen Gemeinschaften im Wettbewerb um Mitglieder, begünstigt dies wiederum altruistische Normen. Eine Kehrseite des gruppeninternen Altruismus kann allerdings verstärkte Aggression nach außen sein (gemeinsame Gegner „schweißen“ zusammen).

Altruismus scheint somit vor allem in sozialer Balance stabil. Klein findet hier den Begriff bedingter Altruist („kleine Geschenke erhalten die Freundschaft“, „wer gibt, dem wird gegeben“). Die Wahrung einer sozialen Balance erfordert Einfühlung in andere Menschen. Die damit verbundenen komplexen Anforderungen haben maßgeblich zum Wachstum des menschlichen Großhirns beigetragen, das überwiegend dem Entschlüsseln des Verhaltens anderer dient. Wer sich in andere einfühlen kann, kann deren Verhalten besser interpretieren.

Altruismus kann glücklich machen. Während z. B. Geiz der Furcht entstammt, beinhaltet Freigiebigkeit auch Sorglosigkeit, insofern weniger Stress und mehr Gesundheit. Glück erreicht insbesondere der, der gibt, und nicht der, dem gegeben wird („Geben ist seliger denn nehmen“). Wettbewerb hingegen ist emotional anstrengend. In Wettbewerbsgesellschaften ist das Misstrauen groß. Trotz kurzfristiger Chancen ist Wettbewerb langfristig daher der Kooperation nicht überlegen. Klein liefert Beispiele: Wie die Finanzkrise zeigt, ist der Markt auf Vertrauen angewiesen, welches er selbst nicht erzeugen kann. Das freie Programmierprinzip „open source“ ist dem herkömmlichen Programmieren hinter verschlossenen Türen so überlegen, dass sogar Firmen, die grundsätzlich mit eigen entwickelter Software

Geld verdienen, in Teilen umschwenkten. Ohne freie Software wäre auch das Internet in der heutigen Form undenkbar. Oft erringen hier altruistisch agierende Kooperationspartner gemeinsame Vorteile, z.B. in der Wikipedia-Initiative.

Solche Erkenntnisse helfen auch, andere Forschungsergebnisse zu verstehen, z.B. die Erkenntnis, dass Ungleichheit ein zentrales gesellschaftliches Problem darstellt. In Bezug auf Gesundheit und Lebensqualität ist die Situation meist umso schlechter, je ungleicher die Einkommensverteilung. Bisher liegen hierfür plausible sozialpsychologische und medizinische Erklärungen vor. Klein erklärt gewissermaßen die darunter liegende Evolutionsbiologie. Bestätigung findet die positive Würdigung von Kooperation und Empathie übrigens auch in der Verhaltensbiologie. Dies wird übersichtlich und gut lesbar dargestellt in einem Buch von Frans de Waal mit dem Titel „Das Prinzip Empathie“ (erschienen 2009 bzw. auf Deutsch 2011 im Carl Hanser Verlag, München).

Auch wenn Klein die zusammengestellten Ergebnisse vorsichtig kommentiert, gibt das Buch doch Anlass, herrschende gesellschaftspolitische Leitbilder zu überdenken. Eine kooperative Gesellschaft ist offenbar zugleich eine gesündere und glücklichere Gesellschaft. Was viele Menschen intuitiv begreifen, ist dank der von Klein verständlich aufbereiteten Forschungsarbeiten „handfest“ belegt. Erfreulich ist der optimistische Ausblick. Klein findet Belege, dass in einer global immer stärker vernetzten Welt die Neigung zu grenzüberschreitendem Altruismus zunimmt. Die neuen sozialen Netzwerke bieten hier neue Handlungsmöglichkeiten und -formen. Fazit: Ein empfehlenswertes Buch, das hoffentlich zu einer menschlichen Sichtweise in Wirtschaft und Gesellschaft beitragen kann. *Johann Walter*

■ Gerd Rosenkranz Mythen der Atomkraft – Wie uns die Atomlobby hinters Licht führt

München: Oekom Verlag, 2010. 109 Seiten.

Das kleine Büchlein – 106 Seiten sowie 3 Seiten Literaturverzeichnis – fesselt die Leserinnen und Leser sofort. Im Vorwort benennt Ralf Fücks

(Heinrich-Böll-Stiftung) bereits einige der Mythen, die in den folgenden neun Kapiteln zerlegt werden, z.B. die Atomkraft erlebt eine Renaissance, zivile und militärische Nutzung lassen sich trennen, Atomkraft und erneuerbare Energien ergänzen sich.

Die Einleitung schildert knapp den Zwischenfall im schwedischen Atomkraftwerk im Juni 2006. Während 22 Minuten war „in der kritischsten Phase der Havarie“ wegen des Ausfalls zweier Notstromaggregate keinerlei Kontrolle der Anlage möglich. (S. 14) Wären alle vier Stränge des Reaktorschutzsystems betroffen gewesen, so hätte dies zu einem Ereignis geführt, „das im Sicherheitsbericht der Anlage nicht unterstellt wurde.“ (S.15) Dieser Zwischenfall war schnell wieder aus den Medien verschwunden, er war nur ein „Fast-Gau“ (vgl. z.B. <http://www.heise.de/tp/artikel/23/23259/1.html>, Zugriff 1.1.2012). Er ist ein Beispiel dafür, wie schnell „das einzigartige Katastrophenpotenzial dieser Technik“ (S.18) aus dem Blick und aus dem Gedächtnis gerät.

Ähnlich ist es mit der komplexen Problemlage „Alterung“. So ist der erste Mythos „Atomkraft ist sicher“ schnell demontiert. Als weitere folgen: „Die Gefahren durch Missbrauch und Terror lassen sich beherrschen“ (Kap. 2), „Atom Müll? Kein Problem!“ (Kap.3), „Es gibt genug vom Brennstoff Uran“ (Kap. 4). Es ist deutlich, dass diese Kapitelüberschriften im besten Fall ein Wunschenken, im schlimmsten Fall eine arglistige Täuschung darstellen. Der Autor widerlegt den behaupteten Gehalt kurz und prägnant. Interessant ist dabei im 4. Kapitel der beinahe zynische Hinweis, dass mit dem Rückgang der militärischen Nachfrage nach Uran einerseits und dem Boom der nuklearen Stromproduktion der 1970er Jahre andererseits „die militärisch-strategische Sonderstellung des Uranbergbaus nicht mehr als Rechtfertigung für besonders harte Abbaubedingungen gelten konnte.“ (S. 53) Und weiter: „Die Folge war das wohl umfassendste jemals umgesetzte Programm zur Konversion von Kriegswaffen für den zivilen Wirtschaftskreislauf.“ (S. 54)

Der Mythos „Atomkraft dient dem Klimaschutz“ (Kap. 5) ist weniger gut handhabbar. Allerdings ist schnell dargelegt: „Atomenergie kann im Welt-

maßstab schon mangels Masse kein Teil der Lösung des Klimaproblems sein.“ (S.60) Interessant auch hier der Hinweis auf ein Thesenpapier des Sachverständigenrats für Umweltfragen von 2009, aus dem zur Konkurrenz zwischen Atomkraft und erneuerbaren Energien zitiert wird: „Es ist technisch und ökonomisch nicht sinnvoll, beide Pfade gleichzeitig zu verfolgen.“ Dagegen wird eine „Systementscheidung zugunsten der Erneuerbaren“ empfohlen. (S. 63) Hier ist bereits die Demontage des nächsten Mythos „Wir brauchen längere Laufzeiten“ (Kap. 6) angelegt. Es geht hier in erster Linie „um viel Geld und die Absicherung der Marktposition der dominierenden Unternehmen.“ (S. 71) Und auch der Mythos „Die Atomkraft erlebt eine Renaissance“ (Kap. 7) ist mit dem Argument Geld bzw. Kosten ad absurdum geführt. Allerdings kann Strom aus abgeschriebenen Meilern konkurrenzlos billig produziert werden, „solange keine schweren Unfälle die Bilanz belasten und teure Reparaturen ... ausbleiben“ (S. 82) und das dicke Ende, nämlich die Stilllegung und der Abriss und die damit verbundenen Milliardenaufwendungen hinausgezögert werden.

Die beiden letzten Kapitel „Das Ende vom Mythos Atomkraft“ sowie „Vor der Entscheidung: Die Zukunft der Energieversorgung“ rekapitulieren kurz einige der prägnantesten Fakten des bisherigen Texts und eröffnen den Blick auf die hoffnungsvolle Möglichkeiten von Sonne, Wasser, Wind, Biomasse und Geothermie. Die Katastrophe von Fukushima zeigt die hohe Aktualität dieser kleinen, sachlich fesselnden Abhandlung. Ein einziger Kritikpunkt betrifft die Aufmachung: Die Kapitelüberschriften im Text, weiß auf gelb gedruckt, sind unlesbar. *Alwine Schreiber-Martens*

Bernward Janzing
Solare Zeiten – Die Karriere der Sonnenenergie – Eine Geschichte von Menschen mit Visionen und Fortschritten der Technik
 Freiburg: Picea Verlag, 2011, 192 Seiten

Das neue Buch von Bernward Janzing – 2008 erschien von ihm: Störfall mit Charme. Wie eine Elterninitiative, die sich nach Tschernobyl gründet, zu einem bundesweiten Stromversorger wird

– kam kurz nach der Katastrophe von Fukushima heraus. Dieses erneute Desaster 25 Jahre später ist bitter. Dagegen zeugen die Geschichten, die Janzing erzählt und die wirkliche Geschichte sind, von Beharrlichkeit, Forschungsinteresse und Unternehmergeist. Es wird der Schwung und die Durchsetzungskraft von Ideen deutlich, für die die Zeit angesichts von Peak Oil und Peak Everything reif ist.

Es hat eine gewisse Komik zu lesen, dass der „photoelektrische Effekt, den Alexandre Edmond Becquerel 1839 entdeckte“ (S. 6), zunächst nicht nur in der Raumfahrt, sondern auch in der Atomtechnik und vor allem von den traditionellen Energieversorgern gefördert wurde. Unter den ersten Produzenten von Solarzellen finden wir AEG, Telefunken, Bölkow (S. 14), BBC, Dornier, Philips, RWE (S. 20) – also eine bunte Mischung von Firmen, die man nicht ohne weiteres unter den Pionieren der Solarforschung vermutet hätte. Dass in der Raumfahrt-Forschung in den 1950er Jahren die „Gigantomanie“ (S. 9) vorherrschte, war vielleicht in Zeiten eines rasanten Wirtschaftsaufschwungs nach der massiven Zerstörung während des zweiten Weltkriegs nicht verwunderlich. „Technische Hürden kennt man in diesen Jahren nicht, ökonomische auch nicht.“ (S. 11)

Interessant ist, dass Janzing bereits in diesem Zusammenhang den Begriff Geo-Engineering erwähnt. (S.9) Er wurde in jüngster Zeit im Zusammenhang mit dem Klimawandel z.B. vom Bundesumweltamt recht kritisch kommentiert (<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4125.html>, Zugriff 9.1.2012). Interessant ist auch, wie an vielen Stellen anfangs eine Verknüpfung mit der Rüstungstechnologie aufscheint, diese sich aber zunehmend in Distanz wandelt; als konkretes Beispiel sei die Firma Kleinwächter genannt. (z. B. S. 15)

Die Kapitel sind mit Jahreszahlen markiert; sie orientieren sich an Ereignissen, die für die Entwicklung der Solarenergie bedeutsam waren: Sonnenenergie in der Raumfahrttechnik (1954), Ölkrise (1973), Widerstand gegen das Atomkraftwerk in Wyhl (1975), erste Netzeinspeisung (1979), Tschernobyl (1986) sowie rentabler Sonnenstrom (1986), der Einzug der neuen Technologien in

die Haustechnik (1987), Strukturwandel in der Solarbranche (1993), Verabschiedung EEG unter der rot-grünen Regierung (1998), Ende des Atomzeitalters (2011) und Facetten der Sonnenwende (2011). Das Buch zeigt, wie sowohl „politisch engagierte Bastler“ (S.36) als auch angesehene Wissenschaftler sich zu kleinen und großen Produzenten von Solartechnologie gemauert haben oder wie sich ihre auf eigene Faust gegründeten Forschungseinrichtungen in verschiedenen Konstellationen gefestigt haben. Die reiche Bebilderung zeigt Personen und Ereignisse, die fast schon Legende sind.

Nicht nur im letzten Kapitel werden auch zwiespältige Seiten der Solartechnologie angesprochen: die Verwendung von Schwermetallen, Freiflächenanlagen im großen Stil, mancherorts zentralistische Strukturen wie beim Sahara-Projekt DESERTEC. Das Buch ist ein Lesevergnügen für Interessierte: vielseitig, bunt, lebendig, informativ und gut erklärend. Kleiner Kritikpunkt am Ende ist das Stichwortverzeichnis, das zwar umfangreich, aber an manchen Stellen doch nicht ganz umfassend ist: einige wenige Fundstellen von Stichworten (beispielsweise Drahtsäge 171, ISE 136) sind nicht vermerkt. Vielleicht wird daran aber auch nur deutlich, mit welchem großem Interesse die Rezensentin das Buch gelesen hat.

Alwine Schreiber-Martens

■ Heinz-Josef Bontrup Der diskreditierte Staat – Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen

Bergkamen: pad-Verlag, 2012. 75 Seiten.

Seit Stéphane Hessels „Empört Euch!“ gibt es plötzlich erstaunlich viele kleine lesenswerte „Kampfschriften“ zwischen 3.- und 5.- Euro. Zum Beispiel Jean Zieglers nicht gehaltene Salzburger Rede „Der Aufstand des Gewissens“ oder Max Ottes „Stoppt das Euro-Desaster“. Der pad-Verlag aus Bergkamen hatte sich schon vorher auf solche Kleinschriften verlegt, auf ein „ökonomisches Alphabetisierungsprogramm“, wie er es nennt. Jetzt hat er unter anderem das französische Manifest der vier „Empörten Ökonomen“ auf Deutsch herausgebracht, das von 2000 französi-

schen Wissenschaftlern unterzeichnet wurde (Rezension s. Süddeutsche Zeitung v. 1.02.12). Was man schon immer vermutet hatte: Normalbücher sind zu dick. Wir müssen der Kalkulation und den Verlagen zuliebe zu viel umständlichen Ballast lesen.

Die kleine Schrift der „Empörten Ökonomen“ ist mit einem einleitenden Beitrag von Heinz-Josef Bontrup versehen: „Zur neoliberalen Mainstream-Ökonomie und ihrem kläglichen Versagen in der Finanz- und Wirtschaftskrise“. Bontrup ist Wirtschaftsprofessor im Ruhrgebiet, Linkskeynesianer und bemerkenswert erfrischender Sprecher der „Memorandum-Gruppe“. Von ihm stammt auch eine andere kleine lesenswerte Schrift aus dem pad-Verlag: „Der diskreditierte Staat – Alternativen zur Staatsverschuldung und zu Schuldenbremsen“.

Man findet brillant bestätigt, was man schon immer wusste oder ahnte: Mit der neoliberalen Lehre vom „schlanken Staat“ appellieren die Reichen trickreich an die uralten Anti-Staats-Reflexe der Stammtische mit ihren Beamten- und Finanzamtswitzen. Und versuchen uns so weiszumachen, das weitere Zurückdrängen des Staates und die Sozialisierung der Finanzmarktverluste sei letztlich im ureigensten Interesse unserer persönlichen „Freiheit“. Das Bestechendste an der kleinen Schrift ist die äußerst überzeugende Beweisführung mit Zahlen. Sieht man von der typisch linken Angewohnheit ab, auch das bloße Zitieren von Behauptungen anderer Linker als Beweisführung auszugeben, bleiben 97 Prozent äußerst spannender und überzeugender Wirtschaftslektüre.

Überraschend, wenn auch Bontrup sicherlich nicht bekannt, sind die Schnittmengen mit den Analysen von Helmut Creutz oder auch von mir. Einige Beispiele: Schulden sind immer bilanzgleich mit Geldvermögen. Nicht die sekundäre Staatsverschuldung hat die Finanzkrise ausgelöst, sondern die primäre, ungebremste „Übervermehrung“ der großen privaten Geldvermögen. Schuldenbremsen bremsen prinzipiell keine Schulden, solange man diese leistungslose Übervermehrung der großen privaten Geldvermögen ungebremst weiterlaufen lässt. Stattdessen werden dann innerhalb der gleich bleibenden Gesamt-

verschuldung nur Staatsschulden auf Unternehmen und Privathaushalte umgewälzt. Und mit seinem Vorschlag, das neue kreditgeschöpfte Geld der Zentralbanken unter Umgehung der Geschäftsbankenprofite direkt an die verschuldeten Staaten zu geben, kommt Bontrup der „Vollgeldtheorie“ der „Monetative“ schon ziemlich nahe. Näher jedenfalls als sein Memorandum-Vorgänger Rudolf Hickel (siehe hierzu die etwas surreale Diskussion zwischen dem Vollgeldverfechter Josef Huber und dem Vollgeldkritiker Rudolf Hickel in der sonntaz v. 4./5.2.2012).

Als Wissenschaftler kommt man unwillkürlich ins Grübeln über die merkwürdigen Animositäten zwischen antikapitalistischen „Marxisten“ und antikapitalistischen „Gesell-Anhängern“. Wann werden die endlich Marx und Gesell so betrachten, wie ein Physiker Einstein und Max Planck? Sprich: sie nur nüchtern daraufhin abklopfen, was für uns heute noch Gültigkeit hat und was nicht. Das wäre kein Eklektizismus, sondern eher das Gegenteil.

Spannend ist auch Bontrups etwas akrobatische Rechtfertigung von Staatsschulden. Wollte man doch schon immer wissen, wieso ausgerechnet immer Linke die Staatsverschuldung verteidigen. „Aus der Staatsverschuldung erfolgt somit kein Gerechtigkeitsproblem, das nicht mit Blick auf die vorhandenen Einkommens- und Vermögensdisparitäten bereits bestanden hätte.“ (S. 36) Das erinnert an Lafontaines Satz, Staatsschulden seien nicht so schlimm, weil ihnen ja noch größere private Geldvermögen gegenüberstünden. Sind die Chinesen dumm, weil sie es mit ihrem Billionen-Staatsfonds umgekehrt machen, wie deutsche Linke es machen würden? Als ob es für den ohnehin schon „diskreditierten Staat“ prinzipiell gut sei, wenn sich die teuren Schulden ausgerechnet immer auf der Staats- und Arbeitsseite ansammeln, die renditeträchtigen Vermögen dagegen immer auf der privaten. Richtiger wäre wohl eher eine halbwegs ausgewogene Verteilung von Geldvermögen und Schulden zwischen Staat und Privat. Ist diese Verteilung aus der Balance geraten, dürfte der Staat nur noch dann Schulden aufnehmen (oder in China abbauen), wenn er vorher seine Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft hat und die neuen Schulden aus-

schließlich der Wiederherstellung dieser verloren gegangenen Balance dienen. Und nicht etwa deren weiterem Abbau durch Spardiktate oder „Rettungsschirme“ zugunsten der privaten Großvermögen und zu Lasten der Bevölkerungen. Am Ende besteht also wieder Einigkeit mit Bontrup.

Weitere Parallelen von Memorandum- und Regiogeld-Befürwortern: Beide wollen Ungerechtigkeit und Krise durch Wachstum überwinden. Letztere neuerdings mit „Express-Regiogeld“ für Griechenland (wo Wachstum allerdings noch zu

rechtfertigen wäre). Das läuft auf die Frage hinaus: Ist Gerechtigkeit auf einem kaputten Globus besser als Ungerechtigkeit auf einem heilen? Da waren wir „Postwachstumsökonom“ seinerzeit schon weiter. Zu befürchten ist allerdings, dass die Wachstumsfetischisten bei der von uns geforderten Konsumreduzierung unfreiwillig eher Erfolg haben werden als wir. Wenn auch auf eine Art und Weise, die uns kaum lieb sein kann.

Günther Moewes

„Entkopplung des Geldwachstums von der wirklichen Welt“

„Der dem Kapitalismus zugrunde liegende Algorithmus – dass sich Kapital in Form von Zinsen zu vermehren habe – programmiert unsere Ökonomie schlicht dazu, Natur zu zerstören, die Ungleichheit zu verstärken und die Menschen unglücklicher zu machen. ... Wir brauchen eine neue Wirtschaftsformel ..., dass sich nicht länger das Anwachsen toter Materie am besten verzinst, sondern Leben. ...

Die Kapitalwirtschaft macht Geld zu dem einzigen Medium, das den Gesetzen der Thermodynamik hohnlacht: Es wird mit der Zeit nicht immer weniger oder immer schwächer, sondern es vermehrt sich. Der Energiegehalt des Geldes steigt – derjenige der Erde, deren Herzstücke sich das von selbst reproduzierende Geld in einem furiosen Buy-out an sich reißt, aber nicht. ...

Was sind die Kapitalhebel des Derivatemarktes und die magische Macht des Erdöls anderes als Drogen, die uns eine Wirklichkeit vorgaukeln, die niemals von Dauer sein kann und die wie jeder Rausch dem todesähnlichen Schlaf danach weichen muss? ...

Die Leitfrage lautet: Welche Antworten hat die Natur unter dem Blickwinkel einer schöpferischen Ökologie auf die Leitsätze der Wirtschaftswissenschaften? Was wir suchen ist eine Naturtheorie schöpferischer Freiheit. ... Der Haushalt der Natur ist ein zutiefst poetischer Prozess, eine dauernde Verwandlung von allem in alles. Er ist ein Zusammenhang, der sich beständig neu herstellt, und kein Krieg von jedem gegen jeden. ... Darwinistische Evolution ist nur ein Unterkapitel, nur eine Art und Weise, wie sich Vielfalt von selbst herstellt. Andere Wege sind Kooperation, Verflechtung, gegenseitige Katalyse, spontanes Aufschließen neuer Strukturen und der Wechsel von Hierarchieebenen. ...

Die Selbstorganisation in einem Ökosystem kann nur stattfinden, wenn die Gesamtbedürfnisse des Systems ausbalanciert sind. ... Der Kapitalismus vermischt auf unglückliche Weise ein vages Verständnis der Selbstorganisation mit der hierarchischen und zielgerichteten Sicht der Evolutionstheorie.“

Dr. Andreas Weber, Biokapital – Die Versöhnung von Ökonomie, Natur und Menschlichkeit, Berlin 2010, S. 124-127, 145, 147, 190-191

VERANSTALTUNGEN

■ Wem gehört die Erde? – Dimensionen einer Reform der Bodenordnung

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 25. und 26. Februar 2012 in Bad Boll

■ Auswirkungen einer Reform der Geldordnung

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 14. und 15. April 2012 in Bad Boll mit Beiträgen von Eckhard Behrens, Fritz Andres und Jobst von Heynitz.

Nähere Informationen und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll
 Fon: 07164 – 35 73 | Fax: 07164 – 70 34
 eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

■ Wem gehört der Boden? – Tagung aus Anlass des 10jährigen Jubiläums der Stiftung trias

in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung am 1. Juni 2012 in Berlin

Die Stiftung trias fördert seit 10 Jahren die Entwicklung des gemeinschaftlichen Wohnens, des verantwortlichen Umgangs mit Boden als einem Gemeingut und des ökologischen Bauens. Stadtentwicklung, Ökologie, Landgrabbing, Ernährung, Biodiversität und Bodenversiegelung sind nur einige Themen dieser Tagung, bei der es ebenfalls um praxistaugliche Ansätze einer gemeinwohlorientierten Bodennutzung gehen wird.

Nähere Informationen und Anmeldung:

eMail: info@stiftung-trias.de
 Internet: <http://stiftung-trias.de/aktuell.html>

■ Geld und Wachstum

Jahrestagung der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) am 20.–22. September 2012 am Institut für Forstökonomie der Universität Freiburg/Br.

Nähere Informationen und Anmeldung:

Mail: info@voeoe.de
 Internet: <http://www.voee.de/jahrestagung-2012/> und <http://wachstumswende.de/events/voo-tagung-2012>

50. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

150. Geburtstag von Gesell

16. bis 19. März 2012,
 Reinhardswaldschule, Fuldatal-Simmershausen bei Kassel

FREITAG, 16. MÄRZ 2012

19.30 Uhr **Begrüßung und Eröffnung der Tagung**

20.00 Uhr **Silvio Gesells Argentinien – Wirtschaftsentwicklung und Währungspolitik in Argentinien 1880 bis 1900**

Prof. Dr. Gerhard Senft, Wirtschaftsuniversität Wien

SAMSTAG, 17. MÄRZ 2012

9.00 Uhr **Silvio Gesells Platz in der ökonomischen Theorieentwicklung**

Dr. Cordelius Ilgmann, Universität Münster

11.00 Uhr **Silvio Gesells Zinstheorie – Eine konstruktiv-kritische Revision**

Prof. Dr. Thomas Huth, Leuphana-Universität Lüneburg

14.30 Uhr **Von der klassischen Geldhortung zum modernen Investmentbanking – Fluchtwege des Geldes aus der Realwirtschaft und wie sie zu verhindern wären**

Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin

16.30 Uhr **Was könnte eine aktualisierte Geldreform zur Überwindung der Krise auf den internationalen Finanzmärkten beitragen? Zweifel – weiterführende Gedanken – offene Fragen**

Ein Dialog zwischen Prof. Dr. Helge Peukert (Uni Erfurt) und Prof. Dr. Dirk Löhr (FH Trier – Umweltcampus Birkenfeld)

20.00 Uhr **Die aktuelle Krise auf den internationalen Finanzmärkten und die neuere Diskussion über Negativzinsen**

Podiums- und Plenumsdiskussion

SONNTAG, 18. MÄRZ 2012

9.00 Uhr **Polaritäten und Parallelen zwischen der Geld- und Bodenreform**

Fritz Andres, Seminar für freiheitl. Ordnung Bad Boll

10.45 Uhr **Abschließende Podiums- und Plenumsdiskussion**

12.30 Uhr Mittagessen & Abreise – Änderungen vorbehalten!

Anmeldung erforderlich.

Formular auf www.muendener-gespraech.de

Anmeldungen bitte an Christopher Ranft

Kirchstr. 3, 85461 Bockhorn | eMail: c.ranft@gmx.net

„Krötenwanderung – Wie radioaktiv ist meine Bank?“

„Sie essen bio. Ihr Strom ist öko. Warum ist dann Ihr Bankkonto radioaktiv?“ Diese Frage stellt eine Verbraucherbrochure der Umweltorganisation „urgewald“. Während Banken in ihrer Werbung gern ihr Engagement bei den erneuerbaren Energien herausstellen, schweigen sie sich über ihre Finanzierung der Atomindustrie aus. „urgewald“ ließ untersuchen, welche Banken in welchem Umfang im Atomgeschäft tätig sind. Auf den ersten Plätzen finden sich die Deutsche Bank (Postbank), die auch Geld bei Tepco in Japan angelegt hat, die Commerzbank und die Hypovereinsbank. Nicht nur mit einem Wechsel des Stromanbieters, sondern auch mit dem Wechsel zu einer anderen Bank kann man ganz persönlich der Atomindustrie den Rücken kehren.

Mit dem Aufruf „Krötenwanderung jetzt“ hat auch Attac eine Bankenwechselkampagne gestartet. Empfohlen werden Banken, die als bewusste Alternativen zum konventionellen Bankwesen entstanden sind: GLS-Gemeinschaftsbank, EthikBank, Triodos Bank und die Umweltbank.

Nähere Informationen gibt es auf den Webseiten:

- www.urgewald.de
- www.attac.de/aktuell/bankwechsel
- www.ethikbank.de
- www.gemeinschaftsbank.de
- www.triodos.co.uk
- www.umweltbank.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Gotelind Alber, Dipl.-Physikerin u. Politikberaterin
Anklamer Str. 38, 10115 Berlin

Reg.-Dir. i.R. Eckhard Behrens
Bergstr. 29, 69120 Heidelberg

Helmut Creutz
Monheimsallee 99, 52062 Aachen

Dr. Burghard Flieger
c/o innova eG – Projektbüro
Erwinstr. 29, 79102 Freiburg/Br.

Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude
Wiedel 13, 48565 Steinfurt

Kathrin Hartmann
Schleibinger Straße 3, 81669 München

Dr. Eva-Maria Hubert

Prof. Dr. Margrit Kennedy
Ginsterweg 4, 31595 Steyerberg

Dr. Gerhardus Lang
Klinge 10, 73087 Bad Boll

Prof. Dr. Dirk Löhr
Biermannsstr. 2, 66606 St. Wendel

Prof. Günther Moewes
Landgrafenstr. 155, 44319 Dortmund

Dipl.-Wirtschaftsinf. Norbert Rost
Fetscherstr. 33, 01307 Dresden

Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens
Jahnatal 4a, 01594 Jahnishausen/Riesa

Thomas Seltsmann
c/o Energy Watch Group
Zinnowitzer Straße 1, 10115 Berlin

Prof. Dr. Gerhard Senft
c/o Wirtschaftsuniversität Wien
Augasse 2 – 6, 1090 Wien / Österreich

Prof. Dr. Johann Walter
c/o FH Gelsenkirchen – FB Wirtschaft
Neidenburger Str. 43, 45877 Gelsenkirchen

Dipl.-Volks. Dipl.-Kfm. Ferdinand Wenzlaff
Hinter der Saline 7, 21339 Lüneburg



Nach einem kurzen Blick auf den zu geringen Stellenwert der Kultur in der Gesellschaft zeigt Werner Onken in diesem Buch, wie sich zahlreiche DichterInnen, KünstlerInnen und MusikerInnen in ihren Werken auch mit den wirtschaftlichen Grundfragen unseres Daseins beschäftigt haben – mit der Rolle des Geldes in der Gesellschaft, mit dem Gegensatz zwischen Reichtum und Armut sowie mit dem Umgang mit dem Boden und den Naturressourcen.

Die hier zusammengetragenen Beispiele aus der Antike, dem Mittelalter und der Neuzeit bis hin zur jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben ein eindrucksvolles kulturgeschichtlich-ökonomisches Mosaik. Es soll kulturell kreative und interessierte Menschen ermutigen, Berührungsängste gegenüber der ‚trockenen Materie‘ der Ökonomie einschließlich ihrer alternativen Denkansätze abzubauen, denn eine gerechte, friedliche und naturverträgliche Zukunftsgesellschaft bedarf ihrer Wegbereitung auch durch die Literatur, Kunst und Musik. Gerade für sie könnten sich darin auch Möglichkeiten einer freien, von Mäzenen, Staaten und Sponsoren unabhängigen Existenz eröffnen.

WERNER ONKEN:

**Geld und Natur
in Literatur, Kunst und Musik**

285 S., 47 Farb- und 32 Schwarzweißabbildungen,
Pb., 29,90 EURO | ISBN 978-3-87998-460-2



Jahr für Jahr werden zwischen 3.000 und 30.000 Tier- und Pflanzenarten ausgelöscht – wir befinden uns mitten im größten Artensterben während der letzten 65 Millionen Jahre. Zugleich übersteigt jedes Jahr (!) die Zahl der Menschen, die durch die Folgen von Armut, Hunger, unzureichendem Zugang zu Wasser etc. getötet werden, die Zahl aller Soldaten, die während der sechs Jahre des Zweiten Weltkrieges ihr Leben ließen. Die Zerstörung der Natur und die Zerstörung von Menschen: Beides hängt eng miteinander zusammen; das Vernichtungswerk hat System. Unter dem ideologischen Deckmantel der Effizienz wird aktuell ein brutaler wie methodischer Raubzug gegen Mensch und Natur geführt. Der dabei von den Privatisierungs-Gurus und den Rendite-Junkies in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vorgelegte Plan ist nicht die behauptete Lösung, sondern der Kern des Problems: Er fordert umfassende Exklusivrechte an nicht vermehrbaren Ressourcen einerseits und den Tanz um das Rentabilitätsprinzip andererseits ein – uralte Steine des Anstoßes, die schon im Alten Testament zu finden sind. Mit der Globalisierung bekommen sie eine neue Dimension. Diese Neuerscheinung versteht sich als kritisches Lehrbuch. Angesichts der Härte, mit der sich die Lehrbuchorthodoxie mittlerweile an der Realität stößt, ist Häresie das Gebot der Stunde.

DIRK LÖHR:

**Die Plünderung der Erde
Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung |
Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik**

2. überarb. und erweiterte Auflage 2009
486 S., Pb., zahlr. Abbildungen und Tabellen, 34,- EURO
ISBN 978-3-87998-455-8



SILVIO GESELL:
„Reichtum und
Armut gehören
nicht in einen
geordneten
Staat.“

Werkauswahl zum
150. Geburtstag
zusammengestellt
von Werner Onken

2. überarbeitete
Auflage 2012

230 Seiten, Pb.

19,90 EURO [2012]

ISBN 978-3-87998-462-6

Am 17. März 2012 jährt sich zum 150. Mal der Geburtstag des Kaufmanns und Sozialreformers Silvio Gesell, der wegen seiner grundlegenden Vorschläge für die Verwirklichung einer freiheitlichen und gerechten, den Frieden fördernden Gesellschaftsordnung mehr Beachtung verdient, als ihm bisher im allgemeinen und in der Wissenschaft im besonderen zuteil wurde. Aus diesem Anlass soll das vorliegende Buch die Persönlichkeit Silvio Gesells vorstellen und anhand einer Auswahl von Textpassagen aus seinen Werken einen Einblick in seine sozialreformerische Gedankenwelt vermitteln.

Bestellungen:
SOZIALÖKONOMIE-SHOP
www.sozialoekonomie.de

GAUKE GMBH
Hofholzallee 67
24109 Kiel
Fon: 0431-6793650
Fax: 0431-6793651
mail@gauke.net
www.gauke.net